

tendenzen

ZEITUNG DER JUNGDEMOKRATEN

AFFÖG

MITBESTIMMUNG

WOHNGENUSSNOT



Schwerpunkt
Hochschule

Atomwaffenverzicht ins Grundgesetz Kernwaffen und die BRD

Die Einstellung der BRD zu Kernwaffen war und bleibt eines der Hauptprobleme der Gewährleistung der Sicherheit in Europa und außerhalb seiner Grenzen. Jeder, der die Bedürfnisse der europäischen Sicherheit ernsthaft analysiert, muß sich in diesem Zusammenhang folgende Fragen

Wenn man den bundesdeutschen Politikern die zweite Frage stellt, so hört man als Antwort Hinweise auf den »freiwilligen Verzicht« der BRD im Jahre 1954 auf die Produktion von Massenvernichtungswaffen, einschließlich der Kernwaffen. Diese Hinweise schöpfen jedoch das Wesen des Problems nicht aus. Tatsachen aus der jüngsten Geschichte und der Gegenwart zeigen schlüssig, daß der »freiwillige Verzicht« die Suche nach Wegen nicht stört, der Kernwaffen teilhaftig zu werden. Nicht so weit liegt die Zeit zurück, da die einflußreichen Politiker der BRD unverhohlen und beharrlich für die nukleare Aufrüstung der Bundeswehr plädierten. Die Weltgemeinschaft legte bedeutende Anstrengungen an den Tag, um Bonn zu bewegen, sich dem Vertrag über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen anzuschließen.

Die bekannten ursprünglichen Schwankungen der bundesdeutschen Regierung im Zusammenhang mit dem »Pershing-la«-Problem erweckten bei einigen Nachbarn der BRD den Eindruck, daß sie auch um die Wende der neunziger Jahre völlig auf den Gedanken nicht verzichtet hat, so oder anders den Zugang zu Kernwaffen zu haben. Recht viele Experten meinen, daß analoge Pläne auch hinter der heutigen Linie Bonns auf die Aktivierung der militärischen Zusammenarbeit mit Paris stecken. In der letzten Konsequenz geht es für die Europäer um das Vertrauen zu den politischen Zielen der BRD. In erster Linie liegt es in ihrem eigenen Interesse, jegliche Zweifel anderer Staaten an der Aufrichtigkeit des bundesdeutschen Verzichts auf die Kernwaffen zu zerstreuen. Natürlich muß die BRD selbst entscheiden, wie das am besten zu tun ist.

Die in Übereinstimmung mit dem sowjetisch-amerikanischen INF-Vertrag begonnene Vernichtung der Raketen mittlerer und kürzerer Reichweite vermindert die nukleare

Bürde, die auf den Europäern lastet. Immer substantieller wird die Diskussion um das Schicksal der Kernwaffen in Europa. Immer deutlicher wird die Unvereinbarkeit ihrer Erhaltung mit langfristigen Bedürfnissen der Sicherheit und der Zusammenarbeit auf dem Kontinent. Das Herangehen der BRD an die Frage der taktischen Kernwaffen kann kaum als konsequent genannt werden. Bonn, das zugibt, daß diese Waffen einen »antideutschen Charakter« haben, riskiert dennoch nicht, daraus vollauf logische Schlußfolgerungen zu ziehen und tritt gegen ihre volle Liquidierung in Europa auf.

Der Vorschlag der Teilnehmersta-

stellen: wie verhält sich die BRD zur Perspektive der Liquidierung der Kernwaffen, vor allem in Europa, unter Berücksichtigung ihrer nie dagewesenen Konzentration auf dem bundesdeutschen Territorium? Gab die BRD endgültig die Absicht auf, der Kernwaffen teilhaftig zu werden?

ten des Warschauer Vertrages, Verhandlungen über taktische Kernwaffen aufzunehmen, wurde nicht zuletzt durch Beunruhigung diktiert, die die BRD im Zusammenhang mit der Situation auf diesem Gebiet aussprach. Diese Verhandlungen müssen zu gegenseitig annehmbaren Abkommen führen, die wirklichen, ja auch imaginären Ängste beseitigen, die heute die Europäer bedrücken. Jetzt aber, da der Vorschlag zu solchen Verhandlungen unterbreitet wurde, werden in der BRD Behauptungen immer lauter, die Kernwaffen seien für die Gewährleistung der Sicherheit der Bundesrepublik und der NATO im ganzen absolut »unersetzbar«. Unter den Bedingungen, daß der

Prozeß der realen nuklearen Abrüstung über'n den toten Punkt hinweggebracht wurde, wird man über die Pläne der NATO, neue Kanäle zur Steigerung der nuklearen Arsenale unter dem Vorwand der »Kompensation« der zu liquidierenden Raketen mittlerer und kürzerer Reichweite und der »Modernisierung der nuklearen Mittel in Europa zu öffnen«, beunruhigt. Die Argumentation der Anhänger der »Kompensation«, und der »Modernisierung« ist recht anfechtbar. Ihre Ungereimtheit fokussiert sich unter anderem darin, daß man versucht, heute die NATO-Pläne durch die Beschlüsse zu rechtfertigen, die 1983 in Montebello gefaßt wurden. Es stellt sich heraus, daß sich seit jener Zeit nichts geändert hat und daß der INF-Vertrag angeblich nicht existiert. Eine zumindest sonderbare Haltung. Bekannt ist auch, daß es nicht um die »Kompensation« und die »Modernisierung« schlechthin, sondern auch um die wesentliche quantitative Steigerung und die qualitative Vervollkommnung der nuklearen Systeme geht. Unseren Beobachtungen zufolge erscheinen die NATO-Pläne vielen Menschen in der BRD nicht als problemlos. Das bezieht sich auch auf einige Vertreter der offiziellen Kreise. Hier gibt es tatsächlich etwas, worüber man nachdenken muß und was sorgfältig und allseitig zu erwägen ist. Denn nach allem zu urteilen, wird ein bedeutender Teil von Kernwaffen, die als »Kompensation« und »Modernisierung« auftauchen können, auf dem bundesdeutschen Territorium stationiert werden.

Was die Sowjetunion betrifft, so wird sie auch künftig diesen NATO-Plänen, die den Bedürfnissen der Herabsetzung des Niveaus der militärischen Konfrontation in Europa und den gesunden Tendenzen bei der Entwicklung der internationalen Lage zuwiderlaufen, eine entschlossene Abfuhr erteilen.

Oleg Sergejew
Nowosti-Kommentator

Открытие Европы?



«ГОРБАЧЕВ, МЫ ИДЁМ...» — ТАК НАЗЫВАЕТСЯ МАТЕРИАЛ О ВСТРЕЧЕ В ЭС-ТОНИИ, ОПУБЛИКОВАННЫЙ В ГАЗЕТЕ «ТЕНДЕНЦ» [ФРГ].

Работает в молодёжном журнале «Эпос».

из досье КМО СССР
Социалистическая инициатива рабочих и молодёжи СССР образована в 1988 году, является крупнейшей организацией рабочих молодёжи, которая заявляет о своей верности идеям Маркса, Энгельса и Ленина (из программы СИРМ). В организации насчитывается более 30 тыс. человек в возрасте от 18 до 35 лет. Члены СИРМ

А. Ц.: В последние полтора месяца «Эпос» повсюду демонстрирует предвзятость, серьёзнейшую предвзятость. Не отпустили ли вы там своим своим читателям от идеи социализма?
А. Г.: Удивительно вопрос. Мы всегда писали об СССР с позиций социализма, не писали себе головы. Это глупость. А то, что объявляют в порядке, так разве можно! Проще не может поведать. Вы сами о себе писали не много времени... или не более... чем вы сами называете слова Горбачёва о реальных оценках.

Anatolj, Komsomolez-Redakteur, gefiel das "tendenz"-Layout so gut, daß er seine Interviews mit bundesdeutschen Teilnehmern des BRD-UdSSR-Lagers mit einer "tendenz"-Seite illustrierte (tendenz 2+3/88, 4/88).

Jungdemokraten-BDK 10. bis 12. März in Oberwesel

Auf zum Elefantentreff

Mindestens einmal im Jahr gibt es für Jungdemokraten Gelegenheit jede Menge Porzellan zu zerdeppern. In den letzten Jahren wurde dies ganz ordentlich in Köln-Riehl erledigt. Doch damit ist jetzt Schluß. Vom 10.-12. März wird die diesjährige Bundesdelegiertenkonferenz im Oberweseler Jugendgästehaus stattfinden - und das Porzellan soll nach Möglichkeit heil bleiben.

Nicht nur die Nachfolge für den scheidenden Bundesvorsitzenden Ernst-Christoph Stolper ist zu klären. Der Name unseres Verbands soll geändert werden (siehe Seite 4 und 9) und ein Arbeitsprogramm ist zu beschließen. Doch richtig schön werden BDKs erst durch das drumherum.

In diesem Jahr wird es statt des traditionellen Kabarett eine "fiesta latina" mit Live-Musik und vielen Gästen. Verschiedene Jungdemokratengruppen werden ihre Arbeit (hoffentlich) in Ausstellungen präsentieren und nebenher können Informationen und Materialien ausgetauscht werden.



Zusätzlich werden verschiedene "workshops" z.B. jungdemokratische Zeitungsmacher/innen zusammenführen oder sich mit den geplanten regionalen Kongressen beschäftigen.

Also viel Porzellan für viele Elefanten.
P.S.: Ein Schwimmbad gibt's auch noch!

<u>Gastkommentar</u>	
Kernwaffen und die BRD	2
<u>Briefe an "tendenz"</u>	4
<u>Magazin</u>	6
<u>pro & contra</u>	
Jungdemokrat(Inn)en	9
<u>Schwerpunkt: Hochschule</u>	
Frankfurt: Nach den Talaren der Muff von 20 Jahren	11
Berlin: Die "neue StudentInnen-	

Bewegung" und ihre Führungszeichen	13
Bildungsforum '88	14
BDK der Studentengruppen: Auf der Rückkehr zur inhaltlichen Auseinandersetzung	15
<u>Grund- und Freiheitsrechte</u>	
Kongreßklärung: Freiheit stirbt mit Sicherheit	16
Tag für Tag	16
<u>Internationales</u>	
amnesty international: "Gefangene des Monats"	17
Werder-Lager	17

Libyen: Jamahiriya Delegationen '89	18
DKP-Parteitag	
Wie damals in der FDP - nur viel ängstlicher	19
<u>Kultur</u>	
neu & platt	20
Pips	20
<u>Jungdemokraten</u>	
Landesverbände	21
Materialien	22
die coole Nummer, Adressen, BAK	23
Termine	24

IMPRESSUM
TENDENZ ist die Zeitschrift der Jungdemokraten
Herausgeber sind der Bundesverband und die Landesverbände Bayern, Baden-Württemberg, Berlin, Bremen, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz sowie die Radikaldemokratischen Studentengruppen (RSG).
TENDENZ ist Mitglied der Arbeitsgemeinschaft Junge Presse Nordrhein-Westfalen (AGJPNW).
Redaktion: Hansjörg Altstädt, Horst Eberlein, Thomas Hetzer (verantwortlich im Sinne des Presserechts), Malte Krückels, Coni von Meding, Marion Mück-Raab, Imke Roebken, Dirk Sawitzky, Frank-Oliver Sobich, Ernst-Christoph Stolper, Jasper Wolff.
Mitarbeit an dieser Ausgabe: Jürgen Bast, Joachim Biermanski, Carmen Hammer, Karl-Wilhelm Höffler, Dieter Jirmann, Iris Karp, Uschi Kollenbach, Lars Maischak, Peter Laskowski, Winni Nachtwei (GAL Münster), Eric Neumeyer, Oleg Sergejew (Nowosti), Peter van Slooten, Immanuel Stieß, Christine Richter
Lay Out: Thomas Hetzer; Satz: Fotosatz Barbara Steinhardt, West-Berlin; Druck: Druckladen Bonn.

wordlich im Sinne des Presserechts), Malte Krückels, Coni von Meding, Marion Mück-Raab, Imke Roebken, Dirk Sawitzky, Frank-Oliver Sobich, Ernst-Christoph Stolper, Jasper Wolff.
Mitarbeit an dieser Ausgabe: Jürgen Bast, Joachim Biermanski, Carmen Hammer, Karl-Wilhelm Höffler, Dieter Jirmann, Iris Karp, Uschi Kollenbach, Lars Maischak, Peter Laskowski, Winni Nachtwei (GAL Münster), Eric Neumeyer, Oleg Sergejew (Nowosti), Peter van Slooten, Immanuel Stieß, Christine Richter
Lay Out: Thomas Hetzer; Satz: Fotosatz Barbara Steinhardt, West-Berlin; Druck: Druckladen Bonn.

tosatz Barbara Steinhardt, West-Berlin; Druck: Druckladen Bonn.
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung von Redaktion und Herausgeber wieder.
Redaktionsschluß der nächsten Ausgabe ist der 20. März.
Verlagsanschrift: Deutsche Jungdemokraten, Bundesverband, Liberaler Jugendverband e.V., Reuterstraße 44, 5300 Bonn, Telefon: (0228) 21 09 52
Redaktionsanschrift: Deutsche Jungdemokraten, Landesverband Berlin, Radikalliberaler Jugendverband e.V., Bülowstraße 65, 1000 Berlin 30, Telefon: (030) 216 23 46
Der Bezugspreis von 10 DM jährlich ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.
Es gilt die Anzeigenpreisliste von Mai 1988
Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. »Zur-Habnahme« ist keine persönliche Auslieferung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

lin 30, Telefon: (030) 216 23 46
Der Bezugspreis von 10 DM jährlich ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.
Es gilt die Anzeigenpreisliste von Mai 1988
Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. »Zur-Habnahme« ist keine persönliche Auslieferung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Betreff: »pro & contra: Hessische Volksmusik« (4/88);
»hat mers net, da fehlts eim« (6/88)
»Ai fihl gutt ent ju fihl grui« (6/88)

Dear Thomas, Dieter.

Erstensmal: TENDENZ ok, Lay-out besser, Musikseite weißlich-nich.!?

Zweitensmal: Wenn schon Musik, dann Musik! Der Artikel von Dieter Jirmann war mal einer von den guten, zur Badekapp mal nix gesagt.

Drittensmal: Zu Dieter. Mein Gutester, im Grunde möcht ich dich umarmen, für deinen Hesse-Musi Verriß in 4/88. Wenn du wüßtest, mit welcher Qual diese Lagerseuche in Estland für mich verbunden war ... DANKE!!

Aber! Die Monotones als Opfer einer Jugendzentrums politik in einem sozialdemokratisch regierten Flächenstaat zu kategorisieren, niederzumachen, und damit auch gleich noch das fragwürdige Unternehmen mit als schlicht überflüssig abzulehnen, halte ich für nen schweren Fehler deinerseits. In Punkto Musikförderung geschieht in diesem Lande (damit meine ich die gesamte Brd und Nrw im besondern) lange nicht genug.

Festzustellen ist, jede Auftrittsmöglichkeit ist ne gute, eben weil eine ist. Jede Combo ist ne Bereicherung, nach Qualität möchte ich bewußt nicht fragen. Ich halte nichts davon mit Namen zu spielen. Unbestritten ist, daß doch alle diese Bands ne Existenzberechtigung haben und diese nicht erst durch oder trotz sonstwiedemokratischer Jugendzentrums politik. Sei es nur deshalb, sie vom verfassen solcher Leserbriefe abzuhalten.

Ich halte den Satz »... die war mit der Schaffung von Auftrittsmöglichkeiten für zwar untalentierte, aber dafür sich selbstverwirklichende Jungmusiker Nährboden für das ... Muckertum ...« für gefährlich. In zweifacher Hinsicht. Zum einen nimmst du, sicherlich unbewußt, eine Zensur vor, indem du deinen persönlichen Geschmack zum Kriterium von Förderung oder Berufsverbot machst. Zum anderen verwechselst du Ursache und Wirkung. Die völlig unzureichende Förderung der Amateurmusik mit der Qualität einer ohne sie wohl nicht zustande gekommenen Band wie Flatsch oder denen ausm Rodgau. Ich denke, die Jungs machen, was ihnen Spaß macht. Den Leuten gefällts, mir nicht. Aber dennoch

Seite 4 tendenz 1/89

brauchen wir viel mehr Bands, die auch aus Jugendzentren kommen, nicht von der Ingenieurschule. — Mehr kulturelles Leben in die Einöden! Sofort! — In Essen hats die Aalto Oper (210 Mio DM), und die Zeche Carl, (1,2) Mio DM (ohne Betriebskosten/reiner Bauaufwand) in der Ze-

che läuft ROCKTHEATER NACHTSCHICHT. Zwei Tage ausverkauft, gestern war ich da. Muckertum. Als Tip dir ans Herz gelegt. Ansonsten nicht soviel Jonny Cash hören!
 Grüße nach Hessen + Bärnin!
 Glückauf **BÖTTI**
 aus 4300 Essen

Betreff: »Fies« (6/88)

Liebe KollegInnen,
an Eurer 9-Zeilen-Meldung »Fies« (Tendenz Nov./Dez. 88, Seite 6) ist so ziemlich alles falsch.

Das liegt nicht unbedingt daran, daß Ihr schlecht recherchiert habt. Solltet Ihr Euch nämlich auf eine Meldung in der Süddeutschen Zeitung vom 13.9.88 stützen, trifft das auf die Urheberin dieser Ente, Karin Hiersemenzel, bildungspolitische Sprecherin der FDP Bayern, zu.

Zur Richtigstellung: Nicht die Junge Presse Bayern e.V. (JPB), Selbstorganisation der bayerischen Jugendpresse, will den fiesesten Lehrer küren, sondern ein großes deutsches Zeitungsmagazin aus Hamburg (vulgo »Tempo«). Dabei sollen selbstverständlich auch Lehrer aus anderen Bundesländern zum Zuge kommen, obwohl es gerade in Bayern an Masse nicht fehlen dürfte. Die Zeitschrift »Tempo« hat in der Juli/August-Ausgabe unseres Verbandsorganes »bayern-anzeiger« — gegen Bezahlung — Beilagen einlegen lassen. Die JPB wiederum finanziert durch solche Beilagen (dazu gehören auch die Zeitschriften »Innenpolitik« und »BMFT-Journal« vom Innenministerium bzw. Bundesministerium für Forschung und Technologie) Druck- und Versandkosten.

Und noch etwas: Bayerns Schülerzeitungen haben in der Tat mit gewichtigeren Problemen zu kämpfen. Zensur ist nur eines davon. Mit besten Grüßen aus Bayern und hoffentlich druckt Ihr den Brief auch ab.

Martin Finkenberger
 Geschäftsführer
 der Junge Presse Bayern
 8708 Gerbrunn



Betreff: »Jugend testet« (6/88)

Liebe Freunde und Freundinnen!
Nicht nur die taz, auch die tendenz scheint in der Frage der Kondome eher oberflächlich zu berichten.

Die Schlagzeile »Pfadfinder sind Kondom-Großabnehmer« klingt gut, weil sich die meisten unter Pfadfinder den uralten Werten nachhängenden, durch den Wald springenden uniformierten Jugendlichen vorstellen. Ihr als fortschrittlicher Jugendverein solltet aber wissen, daß das Finden von Pfaden nicht gleich dem Pfadfinden ist. Der Bund Deutscher PfadfinderIn-

nen (seit der Bundesdelegiertenversammlung zu Beginn dieses Monats [Dezember 1988, Anm. der Redaktion] im Gegensatz zu den Jungdemokraten endlich auch im Namen beidgeschlechtlich), besagter Verhüterli-Großabnehmer, hat sich im Rahmen der StudentInnenbewegung politisiert, damals haben viele Ex-BDPlerInnen die heute noch bestehenden traditionellen Pfadfinderbünde gegründet. Der BDP nimmt immer wieder zu aktuellen politischen Fragen Stellung und beteiligt sich auch an entsprechenden Aktionen, er sieht sich als Teil der Jugend-, der Friedens- und der Ökologiebewegung, zusammen mit dem Bund Deutscher Jungenschaften ist er über den Bund Demokratischer Jugend Mitglied im Bundesjugendring, der BDP-Geschäftsführer und Mitinhaber der Frankfurter Condomeria ist dort sogar im Vorstand.

Dies alles solltet Ihr eigentlich wissen, denn erst kürzlich haben BDP und DJD Gespräche über zukünftige Zusammenarbeit geführt. Wenn Ihr wollt, bin ich gerne bereit, einen Bericht über Pfadfinder und bündische Jugend heute zu schreiben, guter Aufhänger ist der 75. Jahrestag des Freideutschen Jungentages, der im Oktober am Hohen Meißner begangen wurde. Schöne Grüße *Stefan Diefenbach*
 6231 Schwalbach

Den Namen ändern!

»Deutsche Jungdemokraten« — so lautet der Name unseres Verbandes. Und er mutet ja reichlich altertümlich an. Dabei spiegelt er doch nur die frühe Geschichte unseres Verbandes wider.

Als Jugendverband der linksliberalen Partei der Weimarer Republik, der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) lag es nahe, für die Jugendorganisation dieser Partei einen Namen zu wählen, der die Nähe zur Partei auch erkennen ließ. Heute ist der erste Teil des Namens, nämlich das »Deutsche«, doch reichlich überholt. Wenn wir uns

vergegenwärtigen, daß durch den Pillenknick bei den Geburten deutscher Kinder und durch das Aufwachsen der 2. und 3. Generation ausländischer ArbeitnehmerInnen in den Ballungszentren der Republik eine multikulturelle Gesellschaft heranwächst, dann kann doch nur gefordert werden: »Streich das 'Deutsche' bei den Jungdemokraten!«

In zehn Jahren wird der Anteil der ausländischen Jugendlichen in den Ballungszentren der BRD bis zu 30 % betragen. Dann unseren Verband vom Namen her nur für deutsche Jugendliche zu reservieren, das geht wirklich nicht!

Diese Änderung des Namens der

DJD ist keine Anbiederung an die ausländischen Jugendlichen in der BRD. Es steht nicht einmal zu erwarten, daß die Massen der ausländischen Jugendlichen dann in unseren Verband strömen. Es wird aber ein Signal gesetzt, daß die Jungdemokraten offen sind für junge Ausländer und daß unser Verband aktiv das Gespräch suchen will mit jenen Verbänden und Vereinen, in denen sich heute schon viele in der BRD lebende ausländische Jugendliche engagieren und organisieren.

Auf unserer kommenden Bundesdelegiertenkonferenz sollten wir über diese Namensänderung diskutieren.

Karl-Wilhelm Höfler
 4500 Duisburg

Betreff: Termine(6/88)pro & contra: Kirche und Religion — Opium für das Volk? (6/88)

Plädoyer für die Kirche

Da werden sie sich wieder schön auf die Schulter geklopft haben, unsere jungdemokratischen Verbandsfreunde in Nordrhein-Westfalen, als sie kürzlich ihr Seminar über christlichen Fundamentalismus abhielten.

Ich sehe sie vor mir, wie sie mit zufriedenen Gesichtern dasitzen und ob antiklerikaler Aktionen denken: »Was bin ich aufgeklärt! Ich hab's begriffen, daß es Gott gar nicht gibt! Ich hab' 2000 Jahre kirchlicher Tradition mit einem Schlag überwunden! Ich trete aus!« Welch' Emanzipation, bewundernswert, mutig! Doch haben diese meine jungdemokratischen Freunde vergessen, daß ihre Hirne damit auf dem Stand des 19. Jahrhunderts stehen geblieben sind. Die Idee, sich antiklerikal zu geben, ist wahrhaft nicht neu.

Wer aus der Kirche austreten will, der soll es tun. Wer aber zum »kollektiven Kirchenaustritt«, »antiklerikaler Fête«, zur Destruktion der Kirche aufruft, disqualifiziert sich selbst. Wer es ernst meint mit der Bewahrung der Umwelt, mit dem Schutz des einzelnen vor staatlicher Willkür, mit weltwirtschaftlicher Gerechtigkeit und allem, wofür Jungdemokraten streiten, der sollte eins tun: in die Kirche gehen.

Schon lange habe ich kein jungdemokratisches Schriftstück mehr aus dem Briefkasten geholt, in dem nicht mindestens einer dieser plumpen Angriffe auf »die Kirche« schlechthin zu finden wäre. »Die Kirche« ist offensichtlich nichts als chauvinistisch, reaktionär, arbeitet mit Wirtschaft und Staat Hand in Hand, verdimmt die Menschen. Mit diesem Kirchenbild fordern die Freunde aus NRW, offenbar von autoritärem Katholizismus geprägt, zum Austritt auf. Und damit machen sie denselben Fehler wie die christlichen Fundamentalisten, gegen die sie kämpfen: Mit der eigenen, wahren Weltanschauung wird dem weltanschaulichen Gegner der Respekt verweigert. Wahr ist, was man selbst verfiert, falsch die Ideologie des Gegners, der als Trottel bloßgestellt wird.

Jeder antiklerikale Aufruf hat nichts mit Liberalismus zu tun, sondern ist die Bevormundung des einzelnen Gewissens, ist blinde Suche nach dem Feind.

Jungdemokratische Aufgabe ist es



dagegen, nach den richtigen Partnern zu suchen, die im Auftrag Gottes für dieselben Ziele streiten: die kirchlichen Friedensbewegten, der Kirchentag, die Gruppen, die den Dialog mit Juden suchen, die theoretisch und praktisch an Umwelt- und Dritte-Welt-Themen arbeiten, die Gemeinden in der DDR, die den einzigen Gegenpol zum autoritären Staat bilden, die Studentengemeinden und kirchlichen Jugendverbände, die Frauen, die Homosexuellen, die progressiven Pfarrer, die kirchlichen Publizisten.

In welcher gesellschaftlichen Institution wird denn heute so beharrlich an den brennenden Fragen gearbeitet wie in den Kirchen? Und wo bietet sich sonst die Chance, mit einer großen, glaubwürdigen Institution zu diesen Fragen deutlich Stellung zu nehmen, wenn nicht in der Kirche? Gewiß — in den Kirchen geht es vielfach autoritär, undemokratisch, bürokratisch zu. Sie sind hinten und vorne reformbe-

dürftig. Deshalb dürfen wir sie nicht im Regen stehen lassen, sondern müssen mit den genannten kirchlichen Gruppen für die Reformation der Kirche eintreten. Wer sich heute an den evangelisch-theologischen Fakultäten, auch an den katholischen, und an den kirchlichen Hochschulen umsieht, wird schnell erkennen, daß die Zukunft der Kirche anders aussieht: Da wird gestritten für Frieden und Frauen, für Homosexuelle und gegen Volkszählung, für Reformen an Kirche und Universität, gegen Ausländerhaß und so weiter. In Heidelberg, wo ich wohne, gehören die Studenten der evangelisch-theologischen Fakultät zu den engagiertesten an der Universität: in der Fachschaft, in der Hochschulpolitik, in den Studentengemeinden.

Der Streit für eine neue Kirche läuft! Und bald werden viele jetzige Studentinnen und Studenten als Pfarrerinnen und Pfarrer den Gemeinden ein neues Bild geben, wie es auch heute schon geschieht —

ganz in jungdemokratischem Sinne. Denn in den Kirchen wird von einem Gott geredet, der Widerspruch und Zweifel zuläßt, der Anfrage und Anklage der Menschen hören will — auch von uns Jungdemokraten! *Sebastian Engelbrecht stud. theol.*

6900 Heidelberg-Handschulshaus

Betreff: Ihr Flugblatt, in dem Sie fordern: »Schützt das geborene Leben vor der Kirche«

Nach meinem Verständnis von Demokratie, in der einzelne, Gruppen und Gemeinschaften ungestört ihre Religion ausüben dürfen, haben Intoleranz und diffamierende Äußerungen und Aktionen keinen Platz. (Vergl. Grundgesetz für die BRD Art. 4, Abs. 1 und 2)

Die in Ihrem Flugblatt gemachten Äußerungen gegen die Kirche zeigen mir, daß Sie sehr wenig über sie wissen. Ich möchte Ihnen vorschlagen, sich doch besser zu informieren. Ihr herabwürdigendes Vokabular für die uns heiligen Begriffe zeugen von Haß und Abneigung gegen Gott und die Kirche.

Ich bedauere es sehr, daß Jungdemokraten sich zu solchen Aktionen hergeben. Habe ich doch immer geglaubt, daß sie in toleranter Weise die Glaubensüberzeugung des anderen respektieren. So habe ich mich offenbar in den Jungdemokraten getäuscht und bin sehr traurig darüber.

Ob Sie es wahrhaben wollen oder nicht: Sie alle sind Kinder des lieben und nicht eines »gewissen« Gottes, der auf Sie großen Wert legt und Sie trotz Ihrer diffamierenden Äußerungen liebt. In der Kirche gibt es Göttliches und Menschliches. Da, wo Menschen sind, werden sicher Fehler gemacht. Das wußte Christus sehr wohl, als er SEINE Kirche gründete. Ich weiß aber ganz sicher, daß er sie nicht allein läßt und sie durch alle Schwierigkeiten führt.

Wenn Sie sich auch nicht zu dieser Kirche bekennen können — um eines möchte ich Sie bitten: Üben Sie Toleranz! Lassen Sie Ihren Mitmenschen ihre Glaubensüberzeugungen, wie es sich für Jungdemokraten vom Selbstverständnis her geziemen sollte.

Mit freundlichen Grüßen

Heinz Mutter
3530 Warburg

(Stellvertretend für mehrere Briefe zum gleichen Thema. Die Redaktion)

Physik: Markt

Wenn es der Marktwirtschaft an Markt mangelt, dann walten höhere Naturgesetze, verkündete Joachim Grawe, Hauptgeschäftsführer der Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke, in einem Beitrag für den Wirtschafts- teil der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ).

»Die Elektrizitätswirtschaft ist ein natürliches Monopol« und das sei »eine Folge physikalischer Gesetze«. Wer Wettbewerb in der Elektrizitätswirtschaft fordere, gehe davon aus, »daß das Wesen des Wettbewerbs darin liege, das jeweilige Verlangen des Vertragspartners zu befriedigen«. Doch im »Wettbewerb kämpfen die Marktteilnehmer um ihren eigenen Vorteil, aber nicht um das Gesamtziel einer sicheren und preiswürdigen Versorgung«.

Wie wahr. Aber muß man wirklich erst unter Strom stehen, um zu dieser Erleuchtung zu kommen?



Verwaltungen üben Notstand

Am 24. Februar 1989 ist es wieder soweit — und kaum jemand merkt es: Nach Ausbruch einer internationalen Krise werden die Chefs von Stadt- und Kreisverwaltungen mit ihren Stäben »Ausweichquartiere« (Füh-

Vorbereitet wird die Ausgabe von Lebensmittelkarten und Kfz-Erlaubnisscheinen; die Rationierung von Lebensmitteln und Benzin wird angeordnet. Bus-, Transport- und Bauunternehmen erhalten Sicherstellungsbescheide, nach denen sie innerhalb von zwei Tagen ihre Fahrzeuge einschließlich Fahrern den Stationierungstreitkräften zur Verfügung zu stellen haben. An die Bevölkerung ergeht die Aufforderung, den Wohnort nicht mehr zu verlassen. Die Ausfallstraßen sind für den Privatverkehr gesperrt, die Bundesbahn hat den Personenverkehr eingestellt. Für »Zwecke des Zivilschutzes und der Verteidigung« sperrt die Bundespost einen Teil der privaten Telefonanschlüsse für abgehende Gespräche; eingestellt wird auch der Postzeitungsdienst. In Zusammenarbeit zwischen Stab HVB (Hauptverwaltungsbeamter), Polizei, Verteidigungskreiscommando und Presse

werden Vorbereitungen getroffen, um Friedensdemonstrationen in ihrer politischen Wirkung zu minimieren, jedwede Störung des Militärverkehrs sowie Einwirkungen auf die Verteidigungsbereitschaft von Soldaten und Bevölkerung im Keim zu ersticken.

Solches und noch viel mehr wird zwischen dem 24.2. und 9.3.1989 als Planspiel und unter strengstem Ausschluß der Öffentlichkeit laufen. Auch Kreis- und Stadträte werden im Unklaren darüber gelassen, was städtische Bedienstete in diesen Tagen treiben.

Sie nehmen teil an der geheimsten und größten Übung der NATO, an WINTEX-CIMEX (Winter-Exercise/Civil-Military-Exercise), der einzigen »Gesamtverteidigungsübung« der NATO, bei der militärische und zivile Stellen aller Ebenen gemeinsam üben. Alle zwei Jahre proben die Stäbe an ihren Schreibtischen, Bildschirmen und Karten-

rungsbunker) beziehen. Die Verwaltungsorganisation wird schrittweise umgestellt, Beamte anderer Ämter werden in das neue Ernährungsamt und das Wirtschaftsamt abgeordnet.

wänden, die Gesellschaft der Bundesrepublik in einer internationalen Krisensituation auf »Kriegsführungsfähigkeit« umzustellen. Erprobt wird das ganze Arsenal an Notstandsgesetzen, die Nutzung ziviler Güter und Dienstleistungen für begrenzte militärische Zwecke, z.B. zur Unterstützung der US-Streitkräfte bei einer Intervention im Mittleren Osten im Rahmen des Wartime-Host-Nation-Support-Abkommens, die Mobilmachung der Gesellschaft für den totalen Krieg. Die Teilnahme ziviler Stellen an WINTEX-CIMEX ist von Land zu Land und von Kommune zu Kommune verschieden, aber insgesamt ist die Beteiligung zunehmend. Einzelne Länder entscheiden über die Teilnahme per Kabinettsbeschluss, an ihnen liegt sowohl die Art wie auch der Umfang der Beteiligung. Eine Teilnahmepflicht gibt es nicht.

Obwohl WINTEX-CIMEX auch

unter Friedensgruppen noch relativ unbekannt ist — 1985 und 1987 übten Friedensgruppen zunehmend »mit«. Auch 1989 soll sich wieder etwas tun!

Nähere Informationen über:
Graswurzelwerkstatt
Scharnhorststr. 6
5000 Köln 60, 0221/765842

Selbstorganisation
der Zivildienstleistenden
Vogelsbergstr. 17
6000 Frankfurt, 069/4980394.

GRÜNE BT-Fraktion, AK III
Bundeshaus HT 1406
5300 Bonn 1, 0228/16-5821.

Koordinationsstelle
Ziviler Ungehorsam
St. Pauli-Str. 11
2800 Bremen 1, 0421/78966.

Winni Nachtwei
GAL Münster

Projekt A

AnarchistInnen aus der ganzen BRD haben sich zum Projekt A zusammengeschlossen. Sie wollen die Ebenen Leben, politischer Kampf und Beruf zu einer gemeinsamen Einheit formen.

Die verschiedensten Kleinkollektive sollen sich in einer BRD-Kleinstadt ergänzen und die Einheit Projekt A bilden. In diesem Jahr haben die ersten ProjektlerInnen ihre Arbeit in der bundesrepublikanischen Kleinstadt-Realität begonnen.

Zu den ProjektlerInnen gehört auch Jo-Achim Biermanski vom Bundesvorstand der Jungdemokraten. Er ist Koordinator der Projekt-Arbeitsgruppe »Gesundheit & Soziales«, die zunächst den Aufbau einer ambulanten Altenbetreuung ins Auge gefaßt hat.

grün in schwarz

Da wird einer mit 55 Prozent der Stimmen zum Vorsitzenden gewählt und nimmt die Wahl nicht an. So geschehen nicht etwa auf einer Jungdemokraten-BDK, sondern auf der Hauptversammlung des Bundes der deutschen katholischen Jugend (BDKJ). Für den katholisch-konservativen *Rheinischen Merkur* eine Dramaturgie, »der man Klugheit und eine gewisse Eleganz nicht absprechen kann«.

Ludwig Hecke, mit »lupenreiner katholischer Karriere« vom Maßdiener bis zum Gruppenführer, wurde schon vor der Hauptversammlung bedeutet, daß der kirchlichen und insbesondere bischöflichen Öffentlichkeit ein engagierter Grüner als BDKJ-Vorsitzender nicht »vermittelbar« sei. So beschränkten sich 55 Prozent der Delegierten darauf, ein Zeichen zu setzen. Konflikte gibt es auch so schon genug. Umstritten ist zwischen den Bischöfen und dem BDKJ beispielsweise die neue BDKJ-Satzung. Noch, so der *Rheinische Merkur*, »müssen die Bischöfe überlegen, was sie wollen: eine engere Bindung an die Kirche oder das Zugeständnis von Handlungsfreiheit für den Verband. Dabei muß bedacht werden, daß staatliches Förderrecht gewisse Ansprüche an demokratische Strukturen stellt«.

Internationale Jugendgruppen renovieren ein selbstverwaltetes Jugendzentrum, legen ein Feuchtbiotop an oder unterstützen eine Gedenkstätteninitiative, die sich für den Umbau eines ehemaligen Konzentrationslagers in eine Dokumentationsstätte oder ein internationales Begegnungszentrum einsetzt. Jugendliche aus Ost und West diskutieren über die Entwicklungen in der Sowjetunion oder machen in einem Solidaritätscamp Öffentlichkeitsarbeit zur Situation in der »Dritten Welt«: Nur einige Beispiele für die internationalen workcamps des service civil international.

Mit ihrem Arbeitseinsatz leisten Jugendliche einen Beitrag zu Völkerverständigung und Frieden. Sie engagieren sich für Umweltschutz und Ökologie, gegen Faschismus und Ausländerfeindlichkeit, sie unterstützen sinnvolle soziale Projekte für benachteiligte Gruppen und solidarisieren sich mit den Völkern der »Dritten Welt«. In einem interkulturellen Lernprozeß lernen sie andere Kulturen und Lebensbedin-



gungen kennen.

Das Sommerprogramm 1989 mit über fünfhundert workcamps auf der ganzen Welt erscheint im April. Bezahlt werden müssen neben einer Anmeldegebühr lediglich die Reisekosten. Unterkunft und Verpflegung in den workcamps sind frei. Das Mindestalter für Camps im Inland ist sechzehn, für Camps im Ausland achtzehn Jahre.

Das Sommerprogramm 1989 kann ab sofort angefordert werden gegen 2 DM in Briefmarken beim

service civil international

Blücherstraße 14

5300 Bonn 1

Tel.: 0228/212086-7

Skifoahn

Die evangelische Jugend in den Gemeinden Baldham und Gröbenzell (bei München) werden keine Skifreizeiten mehr durchführen und damit einem Beschluß des Landesjugendkonvents folgen.

»Nicht ganz leicht« sei es den Jugendlichen gefallen, auf das alpine Skifahren zu verzichten und so zum Schutz der Alpenvegetation beizutragen. Künftig soll es »alternative Winterlager« mit Schneeballschlachten und Schlittenfahrten geben.



»Dies ist unser fester Wille. Wieder mit der Bepillule!«



(, ganz nebenbei. Es geht auch so nach dem Modell Knäus-tyne!)



»Wers doch tut, kommt aus Fegefeuer. Lebt wohl, ich bleibe Euer Herr...«

Ein anderes Jugendmagazin

Die »Junge Zeit« macht alten Herren immer wieder zu schaffen. Nach der Satire über deutsch-französisches Händchenhalten (tendenz 2+3/88 berichtete) sorgte jetzt ein Beitrag über Empfängnisverhütung für neuen Ärger zwischen der katholischen Jugendzeitschrift und der bayerischen Bischofskonferenz.

In rund 60000 verkauften Exemplaren fragte die Redaktion: »Was der Papst gegen die Pille hat«. Auf dem Titelbild war ein junges Paar »in freundschaftlich liebevoller Umarmung« (Süddeutsche Zei-

tung) zu sehen. Grund genug für den Vorsitzenden der »Bewegung für das Leben«, Pater Otto Maier, Vergleiche zur »Bravo« zu ziehen, die »seit Jahrzehnten die Jugend unseres Volkes sexuell verführt«. Dabei wollte der Artikel um Verständnis für die Papst-Enzyklika »humanae vitae« werben, die, vor zwanzig Jahren erschienen, jedwede Form der Empfängnisverhütung ablehnt. Künftig wird ein vom Bamberger Weihbischof Radspieler angeführter Beirat darüber wachen, daß Wille und Tat wieder übereinstimmen. Zwei der drei Herausgeber wurden von ihrer Funktion entbun-

den. Der Chefredakteur wechselte freiwillig zur richtigen »Zeit«. Derweil verkündete die Pressestelle der Bischofskonferenz, daß die »Junge Zeit« auch weiterhin »das andere Jugendmagazin« sei. Die »ebenso verantwortungsvolle wie schwierige Aufgabe«, jungen Menschen eine religiöse Lebensorientierung auf journalistisch hohem Niveau und in jugendgemäßer Weise anzubieten hat in den vergangenen zehn Jahren fünf Chefredakteure überfordert. Denn, so schreibt Bischof Stimpfle ganz richtig: »Niemand kann zwei Herren dienen«.



»Sexuelle Gefahr«

Der Heidelberger Jugendring witterte mehrheitlich Gefahr für die Jugend, »sexuelle Gefahr«. Hatte doch eine Gruppe von 30 schwulen Jugendlichen die Aufnahme beantragt.

Mit seiner Liste der »best of« bekanntesten Vorurteile gegen Homosexuelle (Krankheit, sexuell bindungslos und aggressiv) konnte der Vorsitzende des Jugendrings eine Mehrheit der 55 anwesenden Ver-

treter Heidelberger Jugendverbände gegen die Antragsteller einnehmen. Jetzt will »aus Solidarität mit einer verfolgten Minderheit« die Jüdische Gemeindejugend aus dem Stadtjugendring austreten.

Asexuell

An Eides statt erklärte der Berliner Bezirksbürgermeister Ubbelode (CDU), daß er weder »homosexuell, schwul oder heterosexuell« sei. Er habe sich auch nicht »in einem heterosexuellen Etablissement« aufgehalten und schon gar nicht »heterosexuelle Filme« gesehen.

Zu dieser Erklärung sah sich Ubbelode durch eine Schwulen- und Lesbenzeitung der Alternativen Liste (AL) veranlaßt, die meldete, daß Baldur Ubbelode in Begleitung einer Blondine gesehen worden sei und daraus messerscharf schloß, daß der CDU-Politiker wohl leider heterosexuell sei.

Das Landgericht untersagte der AL inzwischen die Behauptung, Ubbelode sei schwul. Weiterhin behauptet werden darf allerdings, daß der (mindestens) zweifache Vater heterosexuell sei.

Der DGB muß sparen, oder ...?

Der DGB muß sparen, denn die Ausgaben wachsen schneller als die Einnahmen. Aber wie kann er sparen, ohne eigenen Grundsätze zu verletzen? Und wo setzt er an? Das waren die Hauptfragen in einem Gespräch zwischen Jugendlichen verschiedener Gewerkschaften und Ernst Breit.

Da saßen wir also in einem gediegenen Raum direkt neben der Küche und diskutierten erstmal eine Weile über die Qualität von verschiedenen Saftsorten, die da so 'rumstanden. Doch dann kam er endlich ... der große Vorsitzende höchstpersönlich. Ernst und Breit setzte Er sich zurück und los ging's. Direkt zu Anfang wurde uns versichert, daß niemand vorhabe, im Jugend- und Frauenbereich zu sparen. Weil das ja sooo wichtige Themen sind. Im Prinzip ... Aber »... dennoch werden wir uns am Ende auch in diesen Bereichen stärker zurückhalten müssen, als uns lieb ist.« Tja. Jetzt wissen wir wenigstens beim nächsten Mal, wenn etwas eingespart wird, daß es dem großen Vorsitzenden persönlich sehr nahegeht.

Gespart werden soll vor allem bei den Personalkosten. 180 Stellen sollen abgebaut werden. Und das ohne Entlassungen: Freiwerdende Stellen werden gestrichen oder aus dem eigenen Bestand besetzt. Daraus folgt, daß es bald weniger Hauptamtliche geben wird, deren Durchschnittsalter mehr und mehr ansteigt. Das ist vor allem im Jugendbereich eine Katastrophe. Für IHN jedoch kein Grund zur Panik.

Einfach ein bißchen mehr ehrenamtliche Tätigkeit, und die Sache ist so gut wie geritzt. Fragt sich nur, wer dann ständiger Ansprechpartner sein wird, wer den DGB auf Orts- und Kreisebene in Verbänden, im Stadtjugendring, in Berufsschulen etc. vertreten soll.

Es ist ja nicht so, daß sich im DGB überall die Mitglieder darum reißen, ehrenamtliche Aufgaben zu übernehmen. Als ich angefangen habe, Gewerkschaftsarbeit zu machen, ging es mir wie vorher bei meinem Einstieg in die SV oder bei den Jungdemokraten. Ich wurde sofort mit Ämtern und Aufgaben überhäuft. Denn es gibt überall zu wenig Ehrenamtliche, und es werden meines Erachtens immer weniger.

Da quillt die Frage auf: Warum muß der DGB eigentlich sparen? Wenn nur noch so wenige Jugendliche neu eintreten, muß das ja einen Grund haben. Das Argument »... sie (die Jugend) wissen nicht, daß Gewerkschaften auf die Dauer nur existieren könne, wenn sie selber hineingehen« (Breit), ist mir da ein bißchen zu einfach. Eher sollte der DGB mal sein Image überprüfen. Der/die Jugendliche heute will wissen, was es für ihn/sie persön-



DGB-Chef Breit: Immer ein Ohr für die Jugend

lich bringt, irgendwo einzutreten. Das erfordert unbürokratische, persönliche Betreuung. Mit Parolen wie: »Harte Zeiten erfordern starke Gewerkschaften« lockt man niemanden mehr hinterm Ofen vor. Und so schneidet der DGB sich ins eigene Fleisch, wenn er jetzt Personal einspart. Der einzige Weg, wieder zu einer kampffähigen und politisch relevanten Organisation zu werden, besteht meines Erachtens für den DGB darin, »umzugestalten«, d.h. weg von zentralen Kam-

pagnen und hohen Parolen hin zu phantasievoller, »basisnaher« Arbeit vor Ort. Und da darf nicht gespart, da muß mehr Geld und Personal investiert werden.

Sonst wird der DGB in ein paar Jahren nur noch das sein, als was ihn heute schon viele sehen: unpolitisch, ungefährlich, unwichtig. Eine Institution, die da ist wie eine Versicherung. Man nimmt sie in Anspruch, wenn man sie braucht, ansonsten kümmert man sich nicht drum.

Iris Karp



Pro & Contra

Jungdemokrat(Inn)en

Wir lassen uns nicht länger totsichweigen

So der Anspruch — und die Realität? Wie meistens stimmen Anspruch und Wirklichkeit nicht überein. Schon im Namen unseres Jugendverbandes wird es deutlich: Frauen werden hier nicht genannt — obwohl sie in unserem Verband dem Anspruch nach gleichberechtigt Politik machen (sollen). Seit Jahren versuchen Frauen in diesem Verband deswegen darüber zu diskutieren und eine Namensänderung in »JungdemokratInnen« durchzusetzen.

Unsere Begründung dafür lautet: Sprache ist das Hauptmedium der menschlichen Kommunikation. Doch Sprache ist nicht neutral. Sprache wurde und wird immer wieder in den Dienst der HERRschenden gestellt, um deren Politik besser in der Bevölkerung zu verankern, Widerständen vorzubeugen. Dafür nur ein paar Beispiele: Während des Vietnamkrieges sprachen die amerikanischen KriegsbefürworterInnen immer von »Befriedung« von Landstrichen. Dies meinte jedoch nichts anderes, als

Die DEUTSCHEN JUNGDEMOKRATEN nehmen für sich in Anspruch, sich gegen jegliche konservative Politik zu wenden, worunter sie jede Politik verstehen, die danach trachtet, die bestehenden gesellschaftlichen HERRschafts- und Machtverhältnisse zu erhalten. Ihrem eigenen Anspruch nach definieren sie ihre Politik als »aufklärerisch-rational« (Leverkusener Manifest). Eine aufklärerische Politik muß sich per se mit Analyse der HERRschafts- und Machtverhältnisse in unserer Gesellschaft beschäftigen und danach trachten, die Ergebnisse dessen publik zu machen, politisch gegen jegliche Form der Unterdrückung in unserer Gesellschaft vorzugehen.

das Niedermetzeln ganzer Dörfer mit Napalm. Auch die NationalsozialistInnen legten sehr viel Wert auf die Sprache. So war die Benutzung von Fremdwörtern verpönt, wurde in Schulaufsätzen sogar als Ausdrucksfehler angestrichen. Statt dessen mußten »Mutterwörter« benutzt werden. Auch heute spielt die Sprache noch eine große Rolle in der Politik. So spricht die Bundesregierung u.a. von »Entsorgung« von Atommüll und Giftmüll in »Entsorgungsparks«, wo wir noch lange nicht ent- sondern eher besorgt sind und von »Giftmülldeponien« sprechen.

Gerade in den letzten Jahren prote-

stierten die StudentInnen an den Hochschulen dagegen, daß die Geisteswissenschaften mehr und mehr zu »Akzeptanzwissenschaften« verkümmern. Schaut mensch genau hin, so stellt mensch fest, daß die Sprachwissenschaften dabei eine besondere Rolle spielen. An einer Reihe bundesdeutscher Hochschulen finden Untersuchungsreihen statt, die sich mit der Bedeutungsstruktur von Wörtern beschäftigen. Besonders erforscht wird das Zustandekommen von sogenannten »Beibedeutungen«, d.h. emotionalen Reaktionen auf bestimmte Wörter.

Interessant dabei ist, daß feministi-

sche Wissenschaften gerade in der Sprachwissenschaft in der Bundesrepublik besonders beachtet werden. Ihr Hauptanliegen war und ist es, den frauenfeindlichen Charakter unserer Sprache zu analysieren und dagegen vorzugehen. SprachwissenschaftlerInnen stellten fest, daß Frauen mittels Sprache systematisch ausgeblendet und diskriminiert werden. So ist es immer noch für viele selbstverständlich, Frauen in der männlichen Pluralform einfach mitzu-meinen — sie aber eben nicht mit zu nennen, von »Mädchen« zu sprechen, wo erwachsene Frauen gemeint sind, oder sie über Männer bzw. ihr Verhältnis zu Männern zu definieren (»die Freundin von ... oder »Fräulein« etc.) ... Frauen, die sich dagegen wehren, werden als »Schrägstrichfeministinnen« abqualifiziert, oder es wird ihnen vorgehalten, daß dies doch »überkandidelt« oder »unwichtig« sei, ohne, daß mensch sich ernsthaft mit ihrer Argumentation auseinandersetzt.

Auch in unserem Verband ist dies nicht anders. Den Vorstoß von Frauen in Richtung Namensänderung wird vorgehalten, daß doch alle wissen, daß bei JUNGDEMOKRATEN als Verbandsname Frauen mitgemeint sind. Seltsamerweise fühlen sich aber eine ganze Reihe Männer diskriminiert, wenn sie nicht genannt werden, spricht:

Wenn Frauen fordern, den Verband in »Jungdemokratinnen« umzubenennen. Die Sprache als das Hauptmedium der menschlichen Kommunikation sollte diesem Verband eigentlich nicht zu unwichtig für eine kritische Auseinandersetzung sein. Gerade hier können wir selbst Zeichen setzen, indem wir Frauen ex-

plizit nennen, Frauen explizit ansprechen und sie ermutigen, bei uns Politik zu machen. Hier können wir zeigen, daß wir nicht unkritisch alles hinterherplappern, was die HERRschaften uns vorsezen, sondern uns selbst Gedanken machen — und Konsequenzen ziehen!
Uschi Kollenbach

Zur Sache, Schwester

»So manche-m/r Jungdemokrat-en/-in sagt mensch nach er/sie sei ein/e Poli-Ticker/in.« (Leseprobe aus: Schlagloch 1/89, Zeitung der DJD Nordrhein-Westfalen)

Nun steht die Umbenennung des Verbandes in JungdemokratInnen auf der Tagesordnung.

Was spricht gegen das große, wenn auch nicht hörbare, so doch sichtbare, große I? In ist schließlich in. Trotzdem: einige ketzerinische Bemerkungen sind angebracht.

Zweifellos: Das Deutsche ist eine Männersprache. Produkt einer von Männern dominierten Vergangenheit und Gegenwart. Auf diese Männerwelt aufmerksam zu machen durch provokativen Gebrauch von Sprache, ist politisch sinnvoll, weil bewußtseinsweiternd, schärft Ohr und schließlich Auge für existierende Herrschaftsverhältnisse. Es ist nicht egal, wie wir sprechen: und deshalb reden wir auch nicht von »Nachrüstung«, nicht vom »finalen Rettungsschuß« oder von »Sicherheitsgesetzen«. Sprache entlarvt und Sprache verschleiert.

Längst nicht mehr provokativ und nicht mehr kritisch ist das akribisch auf das Gleichgewicht der Geschlechter achtende Schrägstrichdeutsch. Es leistet nicht, was kritischer Sprachgebrauch leisten muß. Da existieren RednerInnenlisten, ProfessorInnen, PolitikerInnen, ManagerInnen und JungdemokratInnen — da ist keine Rede von Unterdrückung und schlichter Nichtpräsenz von Frauen. Diese Sprache transportiert Bilder der Gleichberechtigung, redet gleichermaßen von Männern und Frauen. Nur: spätestens nach dem zwanzigsten männlichen RednerIn wünsche ich mir eine richtige Frau — eine, die was sagt, die existiert, nicht nur

Wortbestandteil einer Liste ist. Wenn ich von ProfessorInnen lese oder von Professorinnen höre, fällt mir ein, daß ich persönlich keinen weiblichen Professor kenne. Doch das große I beruhigt mich: sie existieren. Beunruhigend wäre zu wissen, daß ihr Anteil nur 0,3 Prozent ist.

Sicherheitsgesetze suggerieren Sicherheit. ProfessorInnen suggerieren Frauen auf Lehrstühlen. Schrägstrichdeutsch verschleiert. An RednerInnenlisten und die jeden Konflikt vermeidende Redeliste kann Frau sich gewöhnen. Machen auch SchweigerInnenlisten im Bundesvorstand (mit kleinem i, versteht sich) so sprachlos? Von meinen KollegInnen im Bundesvorstand reden, heißt falsche Bilder zeichnen. Meine Kollegen und meine Kollegin machen deutlicher: es sind fünf männliche Kolleginnen.

Wir sollten die Gesellschaft verändern, nicht die Sprache (die macht das seit Jahrhunderten eh von alleine). Nicht die Gleichberechtigung im Duden verwirklichen, sondern in der Realität. Sprache ist dabei Medium, beschreibt und kommentiert — spielerisch und provozierend — Wirklichkeit, entwickelt sich mit dieser. Sprache hat Einfluß auf unser Bewußtsein, Sprache drückt Bewußtsein aus. Sein dagegen bestimmt Bewußtsein ... irgendeine/r hat das behauptet. Also schenk ich sie mir: die »JungdemokratInnen«.

Marion Mück-Raab

Nicaragua darf nicht alleine stehen



Die breite Schneise des Hurrikans hat Nicaragua vollständig erschüttert.

Mehrere medico-Projekte lagen mitten im Zentrum des Sturms: Tasba Pony, Santo Tomas & El Corral. Auch am Rio San Juan sind die Schäden beträchtlich: 400 Häuser ganz oder teilweise zerstört!

WIR SAMMELN DESHALB NICHT NUR GELD, SONDERN KÄMPFEN MIT TAUSEND GROSSEN & KLEINEREN PROBLEMEN DES WIEDERAUFBAUS:

● Transportmöglichkeiten ● Zinkblechbeschaffung ● Motorsägen ● Notstromaggregate ● Dachnägelbesorgung ● Medizinische Versorgung ● Trinkwasser

HELFEN SIE UNS BITTE BEI DIESER ARBEIT.

SPENDEN SIE REICHLICH AUF UNSERE KONTEN:

1800 Stadtparkasse Ffm. BLZ 500 501 2 oder Postgiro Köln 69 99-508.

Stichwort: Hurrikanhilfe.

Kostenlose Infoblätter mit Schadensübersicht auch in größeren Mengen zur kostenlosen Verteilung. (Rückporto in Marken bellegen).



Medico international · Obermainanlage 7 · 6000 Frankfurt 1 · Telefon 0 69 / 4 99 00 41 / 2

Frankfurt

Nach den Talaren der Muff von 20 Jahren

Wer sich allerdings die Mühe machte, den spärlichen Zeichen nachzugehen, konnte etwas anderes feststellen: Die Anonymität der Massenuniversität des bürokratischen, reglementierten Hochschulalltags lag in den letzten Zügen. Vorlesungen und Seminare verwandelten sich in Diskussionsforen, wenige Tage später wurden sie in vielen Fachbereichen durch selbstorganisierte Arbeitsgruppen gänzlich ersetzt. Jenseits der etablierten Kommunikationsstrukturen begann ein Wissen zu zirkulieren, das den Alltag der Studierenden thematisierte. Die Universität selbst ist praktisch wie theoretisch zum Gegenstand massenhafter, kollektiver Aneignung geworden.

Ende der Simulation

Für Frankfurter Verhältnisse ist dieses Ereignis eine doppelte Überraschung: Zum einen war an der Universität Hochschulpolitik kein ernstzunehmendes Thema. Studentische Politik reduzierte sich zusehends auf pure Abgrenzungsmanöver zwecks Machterhalt in diversen Gremien, in denen der Ausschluß von relevanten Entscheidungen bereits institutionell verankert ist. Zum anderen waren Orientierungspunkte linker studentischer Politik entweder Neue Soziale Bewegungen außerhalb der Universität oder eine vermeintliche kritische Öffentlichkeit, in die zu allgemeinpolitischen Themen (Historikerdebatte, Antisemitismus/Börseplatz) von der Universität aus zu intervenieren war. Ohne es zu wollen, blieben die Akteure dem alten Dualismus von allgemeiner, aus linker Sicht legitimer (gesellschaftlicher) Politik und spezieller als korporatistisch verstandener Hochschulpolitik verhaftete, der studentische Politik an den Hochschulen der BRD seit den frühen 70er Jahren begleitet. Hochschule, von einem allgemei-

ner zu Beginn der letzten Novemberwoche, so um den 21., zufällig an der Frankfurter Universität zu tun hatte, dem brauchte nichts Besonderes aufzufallen. Verschwindend gering die Anzahl der Flugblätter, ein paar eilig gesprühte Hinweise auf die nächste Vollversammlung, Wandzeitungen in einzelnen Instituten, einige Transparente — die äußerliche Spätherbst-Tristesse blieb weitgehend ungestört.



nen Begriff von Gesellschaft her gedacht, konnte in der Regel nur negativ als das bestimmt werden, was an aufklärerischen Impulsen von ihr auszugehen hatte, dies aber leider nicht (mehr) tat. Die Diskussion während des aktiven Streiks nahmen den umgekehrten Verlauf. Die Kritik ging aus von

den konkreten Erfahrungen der Studierenden im Umgang mit der Institution Universität. Die Zumutungen des gewöhnlichen Studienalltags erwiesen sich als Brennpunkt, von dem sowohl die soziale Lage (Wohnungsnot, Jobben) wie auch die Entscheidungsstrukturen der Universität und die Organisa-

tion des Wissenschaftsbetriebs thematisiert werden konnten.

Wie meinst Du das: politisch oder materiell?

Die radikale basisdemokratische Organisation der Streikbewegung scheint die FAZ völlig verwirrt zu haben. Wenn sie auch fürchtet, die Marxisten könnten in der Neudefinition eines Bildungsbegriffs ihr vorauslaufen, beklagt sie doch kämpferisch den »unpolitischen«, nur »materiellen« Charakter der studentischen Proteste. Gleichzeitig trifft sie damit eine Auseinandersetzung der vergangenen Wochen und reiht sich ein in die große Angst der Linken, die ihre Ideale zunächst vollkommen verloren glaubte. Ungebeten solidarisierte sich der Präsident der Frankfurter Universität, dem der Steppenbrand geeignet schien, sein Notprogramm- und Forschungsförderungssüppchen eine Stufe höher zu kochen. Doch bemühte sich die gewaltfrei sozialisierte Generation um schnelle Klarstellung: Die Forderung nach mehr Geld ist politisch motiviert, gebunden an Vorstellungen von einem Studium, dessen Inhalte und Ausgestaltung studentischer Mitbestimmung nicht länger vor-enthalten werden soll.

Von der Gremienpolitik zu machtvoller Mitbestimmung

Dennoch ist der häufige Gebrauch des Begriffes Mitbestimmung geeignet, mindestens zwei Verschiebungen aufzuzeigen: einmal bezüglich studentischer Hochschul- und Wissenschaftspolitik allgemein, andererseits eröffnet er ein neues

Verständnis von Universität als Institution mit gesellschaftlicher und politischer Bedeutung.

Die traditionelle Forderung nach studentischer Selbstbestimmung, eingelöst in der Gruppenuniversität, und spätestens mit der letzten HRG-Novelle von '87 wieder aufgelöst, hatte unter anderem ein »Nischen-Studium« zur Folge, das damals etwa in Form autonom organisierter Tutorien Sinn machte. Waren diese Nischen noch mit dem Studienalltag verbunden und Ausgangspunkt radikaler Hochschulpolitik, fällt in jene Nische heute die Masse. Allerdings in Form eines zweckhaften, selbstorganisierten Studiums, das vom offiziellen Seminarbetrieb ausgegrenzt wird; Spielwiese bleibt, ohne die aber der gesamte Lehr- und Ausbildungsbetrieb zusammenbräche. Waren jene Nischen vormals als Orte einer Reproduktion der sozialpolitischen, kritischen Elite notwendig anerkannt, werden sie heute nur noch geduldet als Auffanglager für jene, die als Langzeitstudenten, linke Schwätzer, orientierungs- und perspektivlose Studenten diffamiert werden. Entweder man wählt ein berufsbezogenes Studium über Ellenbogenpolitik: »Ich glaube, man kann in diesem leistungspflichtigen Alter erwarten, daß man 50, 60 Stunden in der Woche arbeitet ... Da soll man nicht rumlamentieren, wer was werden will, muß was dafür tun.« (Möller, *Spiegel*, 21.11.88).

Diese Ansicht über die »Doppelbe-

lastung« und ihre imaginären Perspektiven nicht teilend, erkämpft sich die heutige StudentInnengeneration keine »Spielwiesen«. Was sie fordert, ist Integration ihrer Interessen, ihrer Bedürfnisse; einen selbstreflexiven Umgang mit den Disziplinen und keine Trennung in »Berufskunde und Esoterik« (vgl. FAZ vom 8.12.88).

Die Annahme, kritische Hochschulpolitik sei außerhalb der Universität möglich, hat jeden utopischen Gehalt verloren.

Für eine neue Universität

Die Resolution, die am 30.11.88 in der Kongreßhalle diskutiert und verabschiedet wurde, ist überschrieben mit »Forderungen für eine neue Universität«. In Zusammenhang dieser neuen Universität definieren sich die Studierenden nicht als Ausbildungsmassen, die auf den Ernst des Lebens vorbereitet werden will im Sinne eines Zurechtstutzens auf Bedürfnisse der Industrie und Wirtschaft.

Vielmehr wird die Universität als Ort begriffen, an dem verantwortlich Wissen produziert und kontrolliert werden muß; an dem die Studierenden keinen Störfaktor darstellen, sondern als »Arbeitende und Zuarbeitende« in dieser Institution Mitentscheidungs- und Kontrollrechte zugebilligt bekommen müssen. Während in Berlin schon

zu Beginn des Streiks Viertelparität in den universitären Gremien gefordert wurde, war in Frankfurt von Gremienpolitik kaum die Rede. Eher wurden Überlegungen zu einer basisdemokratischen Entscheidungsfindung über Geldvergabe, Forschungsprojekte und Lehrinhalte angestellt. Überlegungen, die noch nicht ausgearbeitet sind, sich aber nicht auf formale Zugeständnisse beziehen, sondern der Anforderung faktischer Relevanz standhalten müssen. Die am besten ausgearbeitete Version enthält das Projekt eines studentischen Institutes über kritische Interdisziplinarität. Die Forderung nach einem studentischen Institut ist eine konsequente Fortsetzung der im aktiven Streik begonnenen Universitäts- und Wissenschaftskritik. Voraussetzung der Dynamik, mit der die studentischen Proteste auch auf die Naturwissenschaften übergriffen, war die Einsicht, daß es kein homogenes Expertenwissen über die Universität geben könne, statt dessen müßten die spezifischen Probleme in den einzelnen Wissensbereichen selbst herausgearbeitet werden. Ein erster Versuch der gemeinsamen Bearbeitung der spezifischen Kritiken war die im Streik entstandene AG Umstrukturierung, an der sich neben SozialwissenschaftlerInnen auch NaturwissenschaftlerInnen beteiligten. Gemeinsam wurde die Unfähigkeit der Hochschule konstatiert, gegenwärtig gesellschaftliche Probleme überhaupt wahrzunehmen und bearbeiten zu können.

Innerhalb der bestehenden Entscheidungsstrukturen und Abgrenzungen der einzelnen Disziplinen scheint dies auch in absehbarer Zeit nicht möglich zu sein (vgl. Schramm/Kluge, *Kommune* 12/88). Im Gegensatz zu Schramm/Kluge sind die UmstrukturiererInnen allerdings der Ansicht, daß kritische Interdisziplinarität nicht auf außeruniversitäre Institutionen beschränkt bleiben sollte. Das Projekt des studentischen Institutes verfolgt vielmehr das Ziel, die Universität als Ort gesellschaftlicher Auseinandersetzung neu zu konstituieren. Innerhalb der Hochschule sollen Kommunikationsstrukturen etabliert werden, die eine kontinuierliche Bearbeitung disziplinübergreifender Probleme, zum Beispiel Technikfolgenforschung, Gen- und Reproduktionstechnologie ermöglichen.

Abzuwarten bleibt, ob es gelingt, innovative Ansätze des Institutes gegen die bestehenden Hochschulstrukturen durchzusetzen. Die Auseinandersetzungen um den Frauenlehrstuhl haben gezeigt, daß die Institution durchaus in der Lage ist, wissenschaftliche Innovationen zu institutionalisieren. Leider mit dem Nachteil, daß die kritische Dynamik punktuell kanalisiert wird, während sich die alten Strukturen relativ unbehelligt weiter erhalten.

Carmen Hammer/Immanuel Stiess
(mit freundlicher Genehmigung der »Kommune« 1/89 entnommen. Bezugsadresse: Kommune, Postfach 11 11 62 in 6000 Frankfurt 1)

Münsteraner Gremium informierte sich beim Bildungsminister

Schulausschuß zu Gast in Bonn



»Auf die Höhen bundesdeutscher Bildungspolitik begaben sich am 12. Februar 1988 die Mitglieder des Schulausschusses des Rates der Stadt Münster unter Leitung ihrer Vorsitzenden, Carola Möllemann-Appelhoff (F.D.P.). Einen ganzen Tag lang waren sie zu Gast«.

PR-Minister Möllemann läßt auch noch im Mitteilungsblatt seines Ministeriums - inzwischen in blau und gelb gehalten - dokumentieren, daß ihm nur noch seine Gattin auf die Höhen seiner Bildungspolitik folgen kann.

Berlin

Die »neue StudentInnen-Bewegung« und ihre Führungszeichen

Januar 1989: In Berlin rumort es. Ein Ende der Streiks und Besetzungen an den Berliner Hochschulen ist noch lange nicht in Sicht. Die StudentInnen sind dabei, sich den Raum Universität zurückzuerobern. Erstaunt blicken Politiker, Universitätsleitungen, rechte und linke Professoren,

Unpolitisch ist diese neue StudentInnen-Bewegung nicht. Zwar standen die Forderungen, die im allgemeinen und mit besonderer Vorliebe von den politischen Organisationen und Aktivisten unter der Kategorie »politisch« (und damit: »gesellschaftliche und gesellschaftsverändernd relevant«) eingeordnet werden, zu Beginn der Streikbewegung nicht im Vordergrund. Da ging es mehr um die eigene Haut: um soziale Absicherung, Novellierung der Bafög-Regelung, um Wohnraum, größere Hörsäle und bessere Ausstattung der Bibliotheken. In Berlin zusätzlich um die Rücknahme der Strukturbeschlüsse für die Freie Universität der neunziger Jahre (der Gag am Rande: Die Strukturplanung hatte immerhin zum Ziel, die Hochschule auf einen Wettbewerb der Universitäten untereinander vorzubereiten: den Wettbewerb um StudentInnen ...). Doch sechs Wochen sind eine lange Zeit im Leben und Alltag eines/einer Studierenden, und diese haben sie genutzt. In autonomen Seminaren rückten die Forderung nach mehr Mitbestimmung, konkret erprobt in eben jenen Seminaren, und das Bedürfnis, Lehr- und Forschungsinhalte mitzubestimmen, in den Vordergrund.

Beides richtet sich sicherlich an die staatliche Hochschulpolitik. Mehr Mitbestimmung im Wissenschaftsbetrieb, konkret den universitären Selbstverwaltungsgremien, könnte durch eine Novellierung der Hochschulgesetzes — in Berlin dann die neunte Neuauflage dieses Gesetzes! — verankert werden. Verzichtet der Staat zum Beispiel auf weitere Förderung der sogenannten An-Institute, würde das dem Bedürfnis nach Transparenz in der Forschung entgegengekommen.

Doch im Grunde geht es um die Hochschule selbst. Deshalb die Gesprächsverweigerung von seiten der Studierenden. Als größte Gruppe in der Universität waren sie sich einig und wollten erst einmal unter und nach langer Zeit wieder miteinander reden. Wie schmerzlich für die Professoren, die sich als progressiv und links und alternativ verstehen. Auf sich selbst zurückgeworfen und mit den neuen studentischen Ansprüchen konfrontiert, blieb als letzter Ausweg nur ein polemischer Hinweis auf die doch so »unpolitischen Graffiti«, Schmierereien oder der Rückgriff auf alte Theorien. Zu erkennen, daß die Hochschullehrer kollektiv die Lehre vernachlässigt und sich auf karrierefördernde Forschungsprojekte und Publikationsreihen konzentriert hatten, fällt auch sogenannten aufgeklärten Geistern schwer.

Für die Studierenden ist die Universität der Ort, aber nicht das alleinige Ziel ihres Widerstandes. Sie wollen sich nicht vereinnahmen, gegen ihre Interessen instrumentalisieren lassen — sie widerstehen den Versprechungen der Verantwortlichen in Hochschule und Politik, die sich zu oft als eben leere herausgestellt haben, wenn sie gegen ihre Vorstellungen von einer lebenswerten Zukunft laufen. (Insofern ist der Begriff »Widerstand« vor allem in der Relation zu den Bewegungen in anderen Ländern wohl problematisch, aber dennoch gerechtfertigt.) Der Blick nach außen, auf andere sogenannte soziale Bewegungen, auf Initiativen und Selbsthilfeorganisationen ist vielversprechend. Ehrlich — denn die Studierenden, die sich nicht als Avantgarde begreifen, wollen lernen, suchen die Orientierung,

wissenschaftliche Mitarbeiter auf die Studierenden, die doch so lange ruhig gewesen waren, sich ohne einen Mucks durch die Massenuniversität schleusen ließen, gar als »unpolitische Yuppie-Generation« für verloren erklärt worden waren.



1989 n. Chr.: Ganz Berlin wird vom Senat versetzt. Ganz Berlin? Nein! Ein unbeugsames Archäologinnen-dorf wehrt sich. ... und nicht nur die.

nachdem sie die Universität wörtlich wieder besetzt haben. Sie vermeiden alles, sich jetzt und langfristig zu isolieren. Ein Grund, warum die politischen Parteien, auch die hochschulpolitischen Organisationen und schließlich der AstA (dem immerhin ein Lob für die Bereitschaft, seine Infrastruktur zur Verfügung zu stellen, gezollt wird) nichts zu melden haben. Inzwischen ist auch hier eine neue Ebene erreicht: zum Dialog mit den PolitikerInnen sind die BesetzerInnen- und Inhaltsräte inzwischen bereit. Konkrete Maßnahmen, so die politische Initiative für eine Novellierung des Hochschulrahmengesetzes, werden erwartet. Mit Geld allein wollen sich die StudentInnen nicht abspesen lassen. Es geht um Inhalte, und dies wird nicht nur plakativ eingefor-

dert.

Zur Zeit sind sich die Studierenden ihrer Kraft und Unterstützung durch verschiedene gesellschaftliche Gruppen wie der Gewerkschaften, ja ihrer »Macht« bewußt. Es ist zu früh, über die weitere Entwicklung, über eine mögliche Überschätzung des eigenen Potentials zu spekulieren. Die StudentInnen bewegen sich — und dies entgegen aller Prognosen schon seit mehreren Wochen, nicht im luftleeren Raum und qualitativ mit kleinen Schritten nach vorn. Die Arroganz der Alten, vor allem der alten Männer, ist vollkommen unangebracht. Die neue StudentInnenbewegung kann auf die Führungsstriche verzichten. Eine Spielwiese ist die gegenwärtige Universität nicht.

Christine Richter

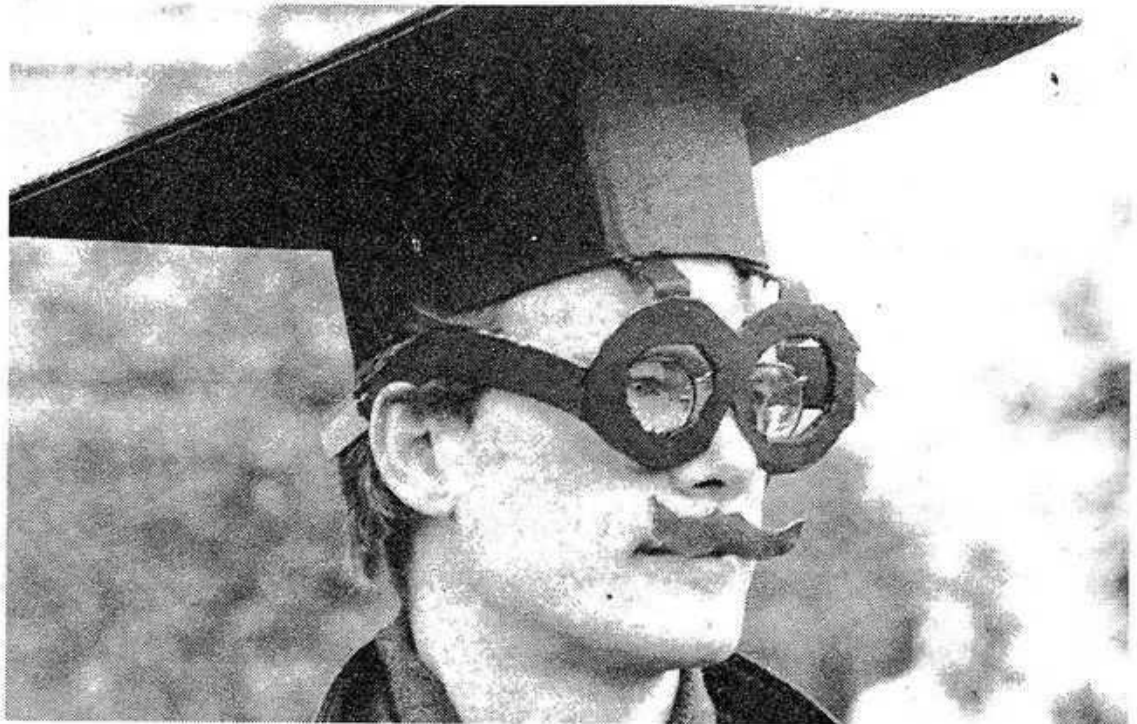
Bildungsforum '88

Der Herbst 1988 war — zumindest für die Linke der Republik — der Herbst der Kongresse: In Berlin tagte der Gegenkongress zu IWF und Weltbank, die Bürgerrechtsbewegung diskutierte über »Freiheit stirbt mit Sicherheit«, ein anderer Kongress forderte »Atomwaffenverzicht ins Grundgesetz«, die »Frei, frech, feministisch« motivierten Frauen und

Im Gegensatz zu anderen Themen hat Bildungspolitik für die Arbeit von Jungdemokraten und RSG in den letzten Jahren kaum eine Rolle gespielt. Die Kontinuität zu den Reformdebatten der siebziger Jahre, in denen Bildungspolitik zentral war, ist abgebrochen. Neue soziale Bewegungen haben zu Beginn der achtziger Jahre andere Themen auf die Tagesordnung gebracht. Gleichzeitig ist das Bewußtsein für diesen Bruch erstaunlich gering entwickelt. Kaum jemandem ist heute noch bewußt, daß die Formel von der »Demokratisierung aller Lebensbereiche«, die in der Selbstdarstellung des Verbandes im Rang einer Definition von Radikaldemokratie firmiert, (verbands-)historisch vorrangig die Lebensbereiche Schule und Hochschule zum Thema hat.

Insofern war das Bildungsforum ein Experiment; es sollte vor allem Interesse wecken, Grundsteine legen für eine neue Diskussion bei Jungdemokraten und RSG. Trotz vieler Pannen in der Vorbereitung waren schließlich rund 100 Leute erschienen, annähernd gleichviel Studenten wie Schüler — leider aber wieder einmal weniger Studentinnen und Schülerinnen. Im Vergleich schneidet das Bildungsforum nicht schlecht ab: zum wenige Wochen später stattfindenden Juso-Bildungskongress sind nur unwesentlich mehr Teilnehmer angereist — trotz zehniachem Materialaufwand.

Angefangen hatte es jedoch alles andere als motivierend: mit der Podiumsdiskussion »Bildung im Kapitalismus — Reform und Gegenreform« am Freitagabend. Ein Podium mit Vertretern verschiedener Spektren innerhalb der Linken sollten kontroverse Sichtweisen in Sachen Bildungspolitik und -perspektiven transparent machen. Der Freitag war, um es kurz zu sagen, für alle Beteiligten eine Katastrophe. Das Podium monologisierte und nahm sich statt des Themas des jeweiligen Spezialgebietes an. Das Publikum boykottierte die Veranstaltung, weil ohnehin niemand so genau wußte, worüber geredet wurde. Es war der perfekte Uni-Bluff:



blenden und blenden lassen.

Am Samstag wurden in zwei Blöcken insgesamt 15 Arbeitsgruppen jeweils gleichzeitig aus den unterschiedlichen Themenfeldern Schule, Hochschule und Bildung allgemein angeboten, wobei das Thema Berufsschule auf keine Gegenliebe stieß. Um das entsprechende Publikum anzusprechen, hätte eigenständige Vorarbeit geleistet werden müssen. So bestimmten die angehenden und die richtigen Studenten das Bild — und natürlich die Themen.

Was ist inhaltlich rumgekommen? Daß das Bildungsforum keine abschließenden Ergebnisse — möglichst noch in Beschlußlagenform — liefern konnte, liegt auf der Hand. Aus dem Katalog von AGen und Themen kristallisierten sich jedoch einige als bestimmend für den gesamten Kongress heraus.

Zum einen war da der Bereich Hochschulpolitik, und hier vor allem die Fragen, die mit den Begriffen Demokratisierung und Drittmittelforschung zusammenhängen. Seltamerweise waren es gerade die

Mädchen trafen sich in Köln ... In den Themenfeldern der verschiedenen sozialen Bewegungen besteht Diskussionsbedarf und -freudigkeit. Dennoch aus dem Rahmen fiel die Veranstaltung, die vom 28. bis 30.10.1988 in Mainz stattfand: Das Bildungsforum '88 von Radikaldemokratischen Studentengruppen (RSG) und Jungdemokraten.

anwesenden Schüler, die das größte Interesse zeigten. So mußten dann einige Alt-Studenten zunächst eine ganze Latte neugieriger Fragen der Noch-Nicht-Studenten beantworten: Was macht ein AStA? Wer gibt Drittmittel? Warum Professorenmehrheit in den Gremien? Und überhaupt: Was ist das, Hochschulpolitik? Was von Veranstalterseite vor Beginn als problematisch eingeschätzt wurde, das Zusammenreffen von Schülern und Studenten, war eines der befruchtendsten Elemente. Was als Informationsfrage gemeint war, zielte oft genug auf die politisch brisantesten Punkte. Der Bannkreis der Insiderdiskussion war gebrochen und der Weg frei für die Ebene, auf der Hochschulpolitik etwas zu tun hat mit Studienalltag.

Zu dem Thema des Wochenendes aber entpuppte sich die Kritik an antiautoritärer Erziehung im allgemeinen und Schule im Besonderen. Namentlich verantwortlich für diese Entwicklung war Günter Saathoff, libertärer Pädagoge und Prof. in Marburg, der sich vom Podiums-

referenten zum aktiven Teilnehmer entwickelte. Gleich drei Arbeitsgruppen speisten die lebhafteste Diskussion im Plenum aus verschiedenen Perspektiven:

»Selber wachsen oder erzogen werden?« lautet die Leitfrage derer, die sich mit den Möglichkeiten herrschaftsfreier Erziehung auseinandersetzen. Eigene Erfahrungen der 1. Generation »antiautoritär erzogener« Kids und die Ideen »Schwarzer Pädagogik« machten die Runde und blieben strittig. Einigkeit bestand nur darin: Repressive Kleinfamilie und lustfeindliche Schule gehören auf den Müllhaufen der autoritären Phase der Geschichte. So ging man nachmittags nahtlos über zur AG »Stillsitzen und Gehorchen lernen«, die sich mit dem geheimen Lehrplan unserer Schulen beschäftigte, nämlich genau die kranken, kontrollierten, pflichtpünktlichen Wesen heranzuzüchten, die sich so praktisch einfügen in Fabrikhallen und Fernsehsessel.

AG »Wissen als Ware — Lernen unter Zwang« schließlich leistete detaillierte Kritik des wichtigsten In-

strumentes, mit dem Autorität & Leistungszwang in der Schule durchgesetzt werden und kam einhellig zum Ergebnis: Noten gehören abgeschafft — herrschaftsfreie Aneignung von Bildung ist nur in veränderten gesellschaftlichen Verhältnissen möglich, in der auch Schule anderen Prinzipien unterworfen sein muß.

Nicht erwähnt werden kann hier eine Vielzahl von Arbeitsgruppen, die als eigenständige Einheiten diesen Kongreß mitgestaltet haben — inhaltlich und atmosphärisch. Weder die mit wechselnder Besetzung zehn Stunden tagende Gruppe, die über philosophischen Texten zum Thema »Geisteswissenschaften als Akzeptanzwissenschaften« brütete, noch die AG »Geschichtsbewußtsein und Geschichtsunterricht«, die mit dem gut vorbereiteten Referenten Klaus Marbold auf die Suche nach dunklen Flecken der BRD-Geschichte ging, noch die Frauen und der Mann, die sich mit der Rolle von Frauen im Bildungssystem auseinandersetzen ...

Am Ende sind mehr neue Fragen offen als auf alte Antworten gefunden. Wie ist es denn jetzt mit dem Verhältnis von Staat und Bildungssystem, außer daß sie sich wechselseitig reproduzieren? Einerseits die Veränderung des staatlichen Bildungssystems zu wollen, indem man elitären Inseln eine klare Absage erteilt — andererseits den geschichtsoptimistischen Hoffnungen abzuschwören, dem Bündnispartner Staat über dessen Modernisierungszwänge die eigenen Vorstellungen von Demokratisierung abzurufen? Wie steht es mit der Grenzlinie zwischen eigenen anti-autoritärem Selbstverständnis zu anarchistischen Positionen: einig in der Kritik — Streit über Strategie? Wie verträgt sich Emanzipation der »Betroffenen« via Demokratisierung der Lebensbereiche Schule und Hochschule mit der Einsicht in den gesellschaftlichen Charakter von Bildung und Wissenschaft? Was sind die positiven Inhalte von Selbstbestimmung — nach Abschaffung der Zwänge und der Befreiung von falschen Bedürfnissen? Was soll's, die richtigen Fragen sind gestellt — fertige Antworten lassen halt immer auf sich warten. Sicher ist, daß Diskussionsbedarf und -bereitschaft bestehen. Die ersten Schritte zur Rekonstruktion einer vom technokratischen Beigeschmack der siebziger Jahre befreiten Bildungsdebatte sind gegangen.

Jürgen Bast

Innenreferent im Bundesvorstand der RSG

BDK der Studentengruppen

Auf der Rückkehr zur inhaltlichen Auseinandersetzung

Am 16.-18.12.88 fand in Diez a.d. Lahn die ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz der Radikaldemokratischen Studentengruppen statt. Nach Jahren der Grabenkämpfe, war diesmal "Einheit in der Vielfalt" angesagt.

Herbst/Winter '88: Eine erstaunte Öffentlichkeit erlebt die größten Studi-Proteste seit 1977 - ob in Frankfurt, Westberlin, Köln, Marburg oder sogar an der eher etwas verträumten Duisburger Gesamthochschule regt

sich der Unmut über unerträgliche Studienbedingungen. Allein an Demonstrationen beteiligten sich bis zur Weihnachtspause zwischen 150.000 bis 200.000 Studentinnen und Studenten. Während in vergangenen Jahren Bewegung vielfach nur in den Köpfen von StudierendenvertreterInnen stattfand, bewegt sich plötzlich real was an den bundesdeutschen und westberliner Hochschulen - spontan, ohne bundesweite Koordination und vielfach (zumindest in der Anfangsphase)

an der verfaßten Studentinnenschaft vorbei. Die vds, die das Ganze beinahe verschlafen hätte, entdeckte in erster Euphorie sogar wieder Rudi Dutschke: "Wir sind dabei, die akademische Würde zu verlieren - und das ist gut so", zitiert sie den verstorbenen Alt-Vorderen der Studierendenbewegung. Vor diesem Hintergrund fand am 16.-18.12.88 die Bundesdelegiertenkonfe-

Fortsetzung auf Seite 18

Mahnung zur Askese

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wendet sich an die studentischen Jobber

Dokumentation, taz 11.8.88

Klaus Daweke, bildungs- und wissenschaftspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im August 1988 zur Lage der Studierenden:

Viele Studierende nutzen im Augenblick wieder die vorlesungsfreie Zeit zur Verbesserung ihres persönlichen Budgets in einem befristeten Aushilfsjob. Einzelne sind

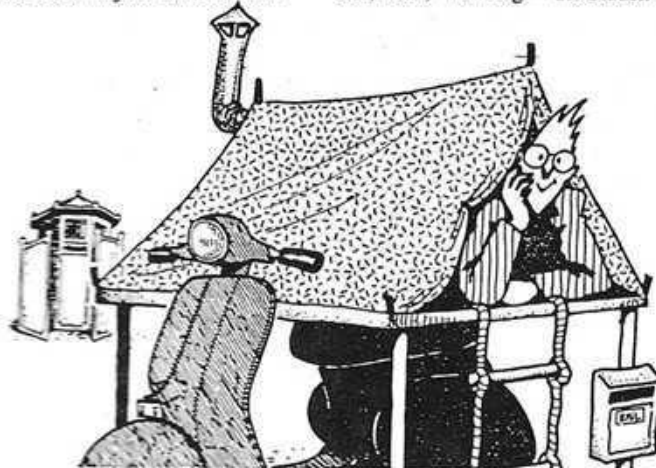
zweifelloso dazu gezwungen, um ihr Existenzminimum abzusichern. Der größten Zahl der studentischen Jobber geht es aber nicht um ihr Existenzminimum, sondern um die Erfüllung darüber hinausgehender Wünsche. Man muß nicht den viel strapazierten Luxusbegriff heranziehen, um zu bemerken, daß die Mehrheit der Studenten heute materiell durchaus anspruchsvoller geworden ist als noch vor einigen Jahren. Kleidung, Kosmetik, Reisen, Auto, Wohnung — die Studen-

ten wollen heute materiell hinter ihren Altersgenossen im Beruf nicht mehr so stark zurückstehen. Der Job hilft, die Unterschiede zu verringern. Zweifelloso macht der Studierende im Job auch aus bildungspolitischer Sicht wichtige Erfahrungen. (...)

Er macht die Erfahrung, daß sich Leistung lohnt. Das Jobben birgt aber auch Gefahren. Der verhältnismäßig schnelle materielle Erfolg kann zu einer Überbewertung der materiellen Ziele führen. (...)

Das Studium kommt zu kurz, dauert länger. Überlange Studienzeiten haben auch hier ihre Ursache. Der kurzfristig materielle Erfolg trübt den Blick für die damit verbundenen Gefährdungen des beruflichen Lebensweges.

Sicher wird eine Ermahnung zur Askese nicht zur Studienzeiterkürzung beitragen. Aber die jobbenden Studenten sollten sich genau überlegen, was sie tun und daß die Semesterferien in Wahrheit ja nicht nur »Ferien«, sondern vor allem Phasen intensiver Einzelarbeit sind. (Aus: Pressedienst der CDU)



Kongreßberklärung

»Freiheit stirbt mit Sicherheit«

Wir brauchen keine allwissenden, unkontrollierbaren »Sicherheits«-behörden, die mit zwielichtigen Geheimdienstmethoden Bürgerinnen und Bürger oder soziale Bewegungen ausspionieren. Wir brauchen auch kein politisches Strafrecht, das Diskussionen reglementiert, Meinungen verbietet und Widerspruch kriminalisiert. Bürgerinnen und Bürger, die ihre Grundrechte aktiv wahrnehmen, für sie streiten und um deren Entwicklung mit dem Ziel sozialer Gerechtigkeit kämpfen sind die besseren »Verfassungsschützer«.

Bei der kritischen Bestandsaufnahme zum Stand der Bürgerrechte und ihrer Verwirklichung stellen wir fest, daß die Innen- und Sozialpolitik der Bundes- und Länderregierungen nicht geeignet sind, um Freiheitsrechte der BürgerInnen zu wahren, geschweige denn zu erweitern. Die Risiken der Atom- und Gentechnologie sowie die Strukturveränderungen der Gesellschaft durch die rein profitorientierte Einführung von Informations- und Kommunikationstechniken schaffen Risikozonen, in denen Grundrechte außer Kraft gesetzt werden, um für nicht beherrschbare Techniken scheinbare »Sicherheit« zu schaffen. Diese Zonen eingeschränkter Grundrechte breiten sich immer weiter über die Gesellschaft aus.

Der Widerstand gegen solche Projekte — wie z.B. die WAA Wackersdorf — ist gleichzeitig ein Kampf für Freiheitsrechte wie das Demonstrationsrecht. Der aktive Streit für BürgerInnenrechte ist heute gleichzeitig auch eine Auseinandersetzung mit den gesellschaftlichen Projekten, gegen die sich Proteste richten. Eine Politik, die diese Proteste versucht zu ignorieren oder zu unterdrücken, muß scheitern. Wir starren nicht auf einen drohenden Überwachungs- oder »Sicherheits«staat, sondern greifen in die Auseinandersetzung um BürgerInnenrechte zugunsten der Menschen und gegen staatliche und ökonomische Übermacht ein.

Wir fordern:

1. Die Einführung des Prinzips der Informationsfreiheit für alle

»Immer mehr werden zentrale demokratische Grundrechte einer freiheitsfeindlichen »Staatssicherheit« und obrigkeitstaatlichen Werten untergeordnet. Wirksamer Opposition wird vorgebeugt, indem Bürgerinnen und Bürger zu »gläsernen Menschen« gemacht werden, die politischer und wirtschaftlicher Macht ausgeliefert sind. Eine neue Stufe dieser Entwicklung sind die von der Bundesregierung geplanten neuen Sicherheitsgesetze.

Im Interesse von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit fordern wir die Abgeordneten des Deutschen Bundestages auf, die Gesetzentwürfe zurückzuweisen und die Aufhebung der sogenannten »Anti-Terror-Gesetze« der 70er und der »Sicherheits«-Gesetze der 80er Jahre zu beschließen.



BürgerInnen gegenüber Staat und Verwaltung ähnlich dem amerikanischen »Freedom of Information Act«.

2. Das Recht der BürgerInnen auf Eigentum an den Daten und Informationen über seine Person, den Schutz vor ungewollter Er-

fassung und Verwendung seiner Daten und die Kontrolle, wohin und zu welchem Zweck Daten fließen.

3. Die Abschaffung des Verfassungsschutzes des Bundes und der Länder, der, wie das jüngste Beispiel Berlin sowie »Celler

Loch« und andere Übergriffe in die Illegalität gezeigt haben, nicht mehr kontrollierbar ist.

4. Die Bürgerinitiativen, Organisationen, Parteien und Einzelpersonen, die das »Manifest der BürgerInnen-Rechtsbewegung« als ErstaufreuerInnen unterstützen, fordern dazu auf, mit einer bundesweiten Unterschriftensammlung gegen die »Sicherheits«gesetze zu protestieren und werden in den nächsten Monaten sammeln.
5. Wir rufen auf, anlässlich des 40. Jahrestages des Grundgesetzes am 23.5.89 eine Blockadedemonstration vor dem Bundesamt für Verfassungsschutz in Köln in Form einer friedlichen, gewaltfreien Aktion durchzuführen.
6. Wir fordern die Erweiterung der demokratischen Mitbestimmungsrechte auf allen Ebenen sowie die Einführung von Volksbegehren und Volksentscheiden.«

Verabschiedet von 240 TeilnehmerInnen des Kongresses in Köln, zu dem neben den GRÜNEN im Bundestag u.a. die Deutsche Vereinigung für Datenschutz, die Humanistische Union, das Komitee für Grundrechte und Demokratie, Deutsche Jungdemokraten, Republikanischer Anwaltinnen- und Anwälteverein, die Vereinigung demokratischer Juristen und das »Forum Informatiker für den Frieden« eingeladen hatten.

Tag für Tag

Eine Republik bereitet sich auf ihr Jubiläum vor. 40 Jahre Grundgesetz, 40 Jahre Bundesrepublik Deutschland, sollen am 23. Mai 1989 gefeiert werden, und die Vorbereitungen laufen

FR, 17.9.: Im türkischen Izmir wartet ein Kurde im Gefängnis auf seinen Prozeß. Er war nach der Stellung seines Asylantrags aus der BRD ausgewiesen worden. **Widerrechtlich und aus Schlamperei**, wie das zuständige Landratsamt nachher meinte.

taz, 19.9.: Eine Bremerin fand kopierte Fahndungsunterlagen, die ein Po-

bereits auf vollen Touren. Unter Edmund Stoibers Motto, »Die Verfassung elastisch auslegen«, werden tagtäglich Dehnübungen gemacht, tagtäglich in den Zeitungen nachzulesen.

lizist kopiert, mit nach Hause und später **weggeworfen** hatte. Die Polizei kündigte daraufhin **Strafanzeige an. Gegen die Finderin.**

SZ, 21.9.: Das rheinland-pfälzische Innenministerium dementiert das **Ausspähen von Tieffluggegnern. Lediglich im Rahmen der allgemeinen Gefahrenabwehr** sei man aktiv

geworden.

FR, 21.9.: In Bremen sind weitere Polizeiakten aufgetaucht. Neben Adressen von Sittlichkeitsverbrechern und Mördern fanden sich in den **»Schulungsunterlagen«** auch die Namen von **Demonstrationsteilnehmern** aus den sechziger Jahren. Diesmal wird ein Polizist angezeigt.

SZ, 21.9.: In einem Leserbrief beklagt ein Mann, daß seiner Frau, mit der er seit zwölf Jahren verheiratet ist und zwei Kinder hat, seit mehreren Jahren die **Eingürgerung verweigert** wird, **da dies den developmentpolitischen Interessen der BRD zuwiderlaufe.** Die Frau stammt aus einem Entwicklungsland und will Diplom-Sportlehrerin werden.

amnesty international

»Gefangene des Monats«

Kann mensch mit Bittbriefen die Freilassung politischer Gefangener erreichen? Oder erheuern sich die Adressaten solcher Bittbriefe nur über Schreiben, die von ihnen die Freiheit inhaftierter Häftlinge fordern?

Wer ein wenig die Arbeit der vielen regionalen Gruppen der Menschenrechtsorganisation »amnesty international« (ai) kennt, weiß die Frage zu beantworten: Ja, mittels Bittbriefen sind schon tausende politischer Gefangener freigelassen. Das Prinzip von »amnesty international« ist dabei ganz einfach: Wenn möglichst viele Bittsteller aus aller Welt Briefe schreiben, erscheint es für manche Regierung besser, die Häftlinge zu entlassen, als massiv in das Licht der Öffentlichkeit gerückt zu werden.

Neben vielen Fällen politischer Inhaftierung, denen sich regionale Gruppen von ai gesondert annehmen, startet die Organisation monatlich auch eine weltweite Kampagne, an der sich auch Nicht-Mitglieder von ai beteiligen sollen. Die »Gefangenen des Monats«. Die Liste der »Gefangenen des Monats« besteht aus der Lebensbeschreibung von drei politischen Gefangenen, die aus politischen, religiösen, ethnischen oder sonstigen Gründen inhaftiert sind, ohne jedoch jemals Gewalt angewendet oder befürwortet zu haben. Die Leser der »Gefangenen des Monats« werden aufgefordert, an jeweils zwei Adressen (meist der Präsident und die jeweilige Botschaft in der BRD) zu schreiben und die Freilassung der Gefangenen möglichst höflich zu erbitten.

Bringt das was? Ja, amnesty international kann jedes Jahr die Freilassung von etwa zwei Drittel die-

ser Gefangenen melden. Das liegt vor allem daran, daß die »Gefangenen des Monats« nicht nur in der Mitgliederpublikation »ai-info«, sondern auch in Tageszeitungen wie z.B. der »Frankfurter Rundschau« oder dem »Weserkurier« veröffentlicht werden.

Leider ist die »Frankfurter Rundschau« die einzige überregionale Tageszeitung oder politische Zeitschrift, die die »Gefangenen des Monats« publiziert. Nach dem Prinzip, je mehr Briefe, desto eher werden Gefangene freigelassen, könnte vielleicht der eine oder andere Häftling ebenso freikommen, wenn die »Gefangenen des Monats« einer größeren Leserschaft bekanntgemacht werden könnten.

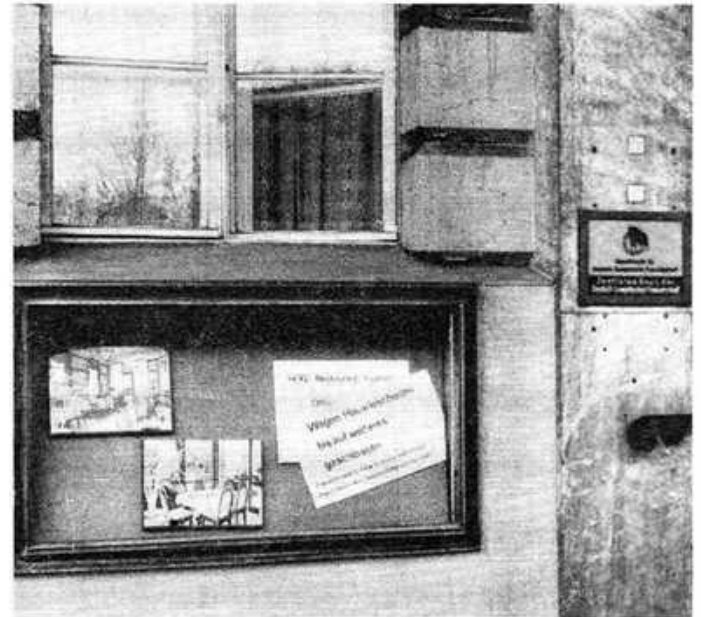
Deshalb schrieben Jungdemokraten in ganz Rheinland-Pfalz auf Veranlassung des Kreisverbandes Zweibrücken Briefe an die Redaktionen der überregionalen Tageszeitungen und Polit-Magazine mit der Bitte, doch ebenfalls die »Gefangenen des Monats« zu veröffentlichen. Die Reaktionen waren gemischt: Der »Vorwärts« und die »taz« haben ihr Interesse bekundet und Kontakt zu »amnesty international« aufgenommen, der »SPIEGEL«, der »STERN« und die »Zeit« lehnen eine solche Veröffentlichung mit teilweise dreisten Argumenten ab, von anderen Redaktionen kam überhaupt keine Reaktion. Nun haben wir natürlich die ablehnenden Reaktionen nicht einfach so hingeworfen, sondern nochmals eindringlich auf Sinn und Zweck der »Gefangenen des Monats« hingewiesen und gebeten, die Listen zu veröffentlichen.

Ich bitte Euch, ebenfalls an die Tageszeitungen und Polit-Magazine der untenstehenden Liste zu schreiben und die Veröffentlichung der

»Gefangenen des Monats« zu erbiten. Denn auch hier gilt das Prinzip, je mehr Briefe, desto eher sind die Redaktionen bereit, den Bitten zu entsprechen. Schreibt bitte alle

als Privatpersonen. Weitere Informationen und Formulierungsbriefe gibt Eric Neumeyer, Keltensstraße 1 in 6660 Zweibrücken.

Eric Neumeyer



Das "zentrale Haus der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft": "Wegen Havarieschaden bis auf weiteres geschlossen".

Werder-Lager

Unter dem Motto »Für Frieden, Freundschaft und antiimperialistische Solidarität« trafen sich in Werder 22 Jugendverbände aus sechs Nationen. Hauptthemen waren diesmal Faschismus und die Lage der DDR heute.

Über die Chancen, die sich aus der Abrüstung und Friedensfähigkeit der Blöcke ergeben können, referierte Prof. Dr. Klein von der Humboldt-Universität in Berlin. Er betonte die ökologische Notwendigkeit einer Zusammenarbeit. Ein weiterer Punkt war die Betrachtung der Dritten Welt. Dies tat Klein, indem er auf die Chancen dieser Länder einging, die sich aus dem neuen Internationalismus ergeben können.

Das Thema Faschismus wurde in mehreren Arbeitskreisen diskutiert. Mit dem Schriftsteller Koplo-

witz, Staatsanwälten, die an Prozessen gegen alte und neue Nazis mitgewirkt hatten, und mit einem Filmemacher: »Kamerad Krüger«. Der Film ist ein Interview mit einem ehemaligen SS-Mann aus Hamburg, der die alten »Ideale« heute noch hochhält.

Weitere Themen waren Sport und die Aufgaben von Jugendverbänden in der Gesellschaft. Zum letzteren war Eberhard Aurich, 1. Sekretär der FDJ, gekommen. In der Diskussion ging er jedoch nicht konkret auf die Fragen ein, sondern beschränkte sich lediglich darauf, Tatsachen zu erklären, bzw. sie zu rechtfertigen. So war man gezwungen, die Schlüsse aus dem Nichtgesagten zu ziehen. Wer eine Stellungnahme zur Politik Gorbatschows erwartet hatte, wurde mehr oder weniger enttäuscht.

Peter van Slooten

Der Spiegel, Postfach 110420, 2000 Hamburg II
Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt, Mittelweg III, 2000 Hamburg 13
Konkret, Osterstraße 124, 2000 Hamburg 20
Der Stern, Postfach 302040, 2000 Hamburg 36
Die Welt, Kaiser-Wilhelm-Str. 1, 2000 Hamburg 36
BILD, Postfach 304630, 2000 Hamburg 36
Die Zeit, Postfach 106820, 2000 Hamburg
Deutsche Volkszeitung, Postfach 2726, 4000 Düsseldorf
Das Parlament, Baunscheidstr. 6, 5300 Bonn 1
Rheinischer Merkur, Godesberger Allee 157, 5300 Bonn 2
FAZ, Hellerhofstr. 2-4, 6000 Frankfurt 1
Süddeutsche Zeitung, Sendlinger Straße 80, 8000 München 2
Bayernkurier, Postfach 27, 8000 München 19

Jama hiriya

Vom 13. bis 20. Januar war eine Jungdemokratendelegation Gast der Generalstudentenunion der libysch-arabischen-sozialistischen Jamahiriya (Volksmassenstaat).

Über Libyen sind in unseren Medien nur spärliche Informationen zu erhalten. Innerhalb einer Woche war es daher nicht möglich, ein umfassendes Bild des libysch-arabischen Staates zu gewinnen, pauschale Horrorvisionen der bundesdeutschen Medien wurden jedoch korrigiert.

Anlaß der Reise war der 25. Jahrestag des Studentenaufstandes vom 13./14. Januar 1964. Diese erste Studentenerhebung wurde von der damals herrschenden Monarchie gewaltsam niedergeschlagen. 1969 stürzte die Revolutionsbewegung unter Führung von Muammar-el-Gaddafi den König und führte die Amahiriya ein. Seit dieser Revolution wurden viele Maßnahmen ergriffen, die Libyen in einem positiven Licht erscheinen lassen: Der Analphabetismus wurde beseitigt, ein Gesundheitsnetz aufgebaut, Selbstverwaltung ersetzt teilweise die Lohnarbeit und die BürgerInnen sollen über Volksbasiskonferenzen in die politischen Entscheidungsprozesse einbezogen werden. Sicherlich handelt es sich trotz festgeschriebener Gleichberechtigung weiterhin um eine Männergesellschaft. Es muß jedoch anerkannt werden, daß Frauen verstärkt zum Studium und zur Ausbildung motiviert werden, was das Frauenbild im arabischen Libyen sicherlich weiter verändern wird.

Auch wenn nicht alles hinterfragt, durchschaut werden konnte und nicht alles Gold ist, was propagiert wird, so hat diese eine Woche doch bei mir das Bedürfnis geweckt, diesen blockfreien Staat wieder zu besuchen und die weitere Entwicklung zu verfolgen. Notwendig erscheint mir eine Solidarität gegen die US-Aggression, um der gewünschten Isolierung Libyens entgegenzutreten.

JoAchim Biermanski

(Ein ausführlicher Bericht folgt in der nächsten, LeserInnenbriefe und Stellungnahmen in den nächsten beiden Ausgaben.)

Und wieder geht es in alle Welt. Mitfahren darf jede/r. Besonders gerne werden Mädchen und Frauen, junge Leute, alle, die noch nicht (so oft) mit Jungdemokraten auf Reisen waren, und natürlich "Basismitglieder" mitgenommen.

In den Teilnahmebeiträgen (die Angaben in Klammern gelten für Leute mit eigenem Einkommen) sind in der Regel Fahrt, Unterkunft und Verpflegung enthalten, sowie Informations- und Seminarmaterialien.

Also Postkarte an die Bundesgeschäftsstelle in der Bonner Reuterstraße 44 und eine Anzahlung von 50 DM auf das Konto 19 000 447 bei der Sparkasse Bonn, Bankleitzahl 380 500 00. Und dann auf die Reiseunterlagen warten z.B. für

8.-12.Mai, "Emanzipations"-Seminar mit Jonge Democraten in Amsterdam und Den Haag. Teilnahmebeitrag 150 DM (190 DM).

11.-17.Mai, "Reformprozeß in Ungarn", Seminar mit KISZ/MIOT in Budapest und einer weiteren Stadt. Teilnahmebeitrag 250 DM (300 DM).

1.-9.Juli, "Weltjugendfestspiele" in Pjöngjang (Nordkorea). Teilnahmebeitrag ist noch nicht bekannt. Interessierte schicken bitte eine Postkarte.

17.-23.Juli, "Antifaschismus, 50 Jahre Überfall auf Polen", Seminar mit ZSMP. Teilnahmebeitrag 200 DM (250 DM).

17.-30.Juli, noch ohne vereinbartes Thema ist der Besuch bei YDA in Washington, New York und einer weiteren Ostküstenstadt. Auch hier laßt Euch bitte bei Interesse per Postkarte vormerken.

19.-22.September, "Friedensfähigkeit"-Seminar mit der FDJ, wahrscheinlich in Dresden. Teilnahmebeitrag 170 DM (210 DM).

Für Informationen über weitere internationale Begegnungen oder den Internationalen Arbeitskreis der Jungdemokraten, wendet Euch bitte an die Bundesgeschäftsstelle.

BDK der Studentengruppen

Fortsetzung von Seite 15

renz der Radikaldemokratischen Studentengruppen (RSG) statt. Und auch hier tat sich verwunderliches: Waren die RSG-BDKen der letzten Jahre häufig geprägt durch diffusen Machtkampf zweier sich scheinbar unversöhnlich gegenüberstehender "Linien", fanden die zentralen Auseinandersetzungen in der Frage der Stimmverteilungen und auf der Geschäftsordnungsebene statt, gelang es diesmal in eine gemeinsame konstruktive Diskussion entlang inhaltlicher Themen zu kommen. Kollektiv wurde hier ein großer Nachholbedarf konstatiert: vielfach ist unklar, was eigentlich eine gemeinsame inhaltliche Identität der verschiedenen RSG-Hochschulgruppen ausmacht, außer ein etwas nebulöser positiver Bezug auf den Begriff "radikaldemokratisch". Hier soll in nächster Zeit Abhilfe geschaffen werden. Bis zum kommenden April - so beschloß die BDK -

sollen "Hochschulpolitische Grundsätze" der RSG erarbeitet werden und dann auf einer BDK auf einem breitestmöglichen Konsens innerhalb des Verbandes verabschiedet werden.

Nach einer längeren Zeit der Stagnation kann inzwischen eine Aufwärtsentwicklung der RSG verzeichnet werden. Trotz immer noch deutlich vorhandener Mängel in der gemeinsamen Koordination der Hochschulgruppen und in der Bundesvorstandsarbeit, lassen sich einige positive Aspekte in der Arbeit des Verbandes vermerken.

Hier zu erwähnen sind, u.a. die Durchführung des "Bildungsforum '88" zusammen mit den Jungdemokraten, die Konsolidierung der Mitarbeit in den vds und nicht zuletzt die fast überall positiven Stupa-Wahlergebnisse für RSG-Gruppen - an der Uni Köln und der FH Mainz II konnten die RSG ihre Position behaupten, an der GH Duisburg (als Bestandteil der Grün-Alternativen Liste "RAZZIA") und an der FH Koblenz gelang

erstmalig der Einzug ins Studierendenparlament (negative Ausnahme bildete nur die Wahl an der Uni Mainz, bei der ein Einzug ins Stupa nicht gelang). Auch die mit großer Mehrheit auf der BDK beschlossenen inhaltlichen Anträge zur materiellen Grundsicherung und zu Geisteswissenschaften sollten hier Erwähnung finden. Es hat also eine Konsolidierung stattgefunden, die allerdings nicht zu falscher Euphorie verleiten sollte. Der Verband befindet sich immer noch in einer schwierigen Situation und führt häufig nur ein Schattendasein innerhalb der studentischen Linken. Um dies zu ändern, werden gemeinsame Kraftanstrengungen notwendig sein, dürfen alte entpolitisierte Grabenkämpfe nicht wieder aufkommen. Gefragt ist der inhaltliche Streit zur Erarbeitung kollektiver Positionen - besonders auch vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Umgruppierungsprozesse innerhalb der studentischen Linken.

Pascal Beucker



DKP-Parteitag

Wie damals in der FDP

Wer in den letzten Wochen mit selbst denkenden Mitgliedern der SDAJ oder des MSB Spartakus sprach, mußte sich — entsprechendes Alter vorausgesetzt — an die letzten Wochen der Jungdemokraten in der FDP erinnern. Als wenn es auf einen »historischen Parteitag zuzuge, der über die eigene weitere Mitgliedschaft entscheide ...«

Einiges geht bei den KommunistInnen allerdings sehr sehr anders zu. So, wie die meisten von ihnen ihre ganze Persönlichkeit und wesentliche Lebenslaufentscheidungen von ihrer politischen und vor allem Partei-Arbeit abhängig gemacht haben, ist uns das nie eingefallen. Zwar gibt es auch bei uns verrückte Workaholics, aber erstens viel weniger, und zweitens haben die immerhin zu Parteien ein prinzipiell instrumentelle Verhältnis. Also: KommunistInnen, die das Parteibuch hinschmeißen wollen, hätten einen erheblich größeren Trennungsschmerz zu überwinden. Mensch mag das zwar als politisch, rational und strategisch dämlich ansehen, ändert damit zunächst aber nur wenig.

So geschah es dann also in Frankfurt am ersten Januar-Wochenende, daß Samstagmittag die Öffentlichkeit aus dem DKP-Parteitag rausgeschmissen wurde und er sich den Rest des Wochenendes mit sei-

nen Personalien beschäftigte. Wie in anderen Parteien und Verbänden auch üblich, wurde fleißig gegenseitig erpreßt, und am Ende gewannen die, die das besser können. Nachdem sich der Parteitag zunächst in einer Resolution — Papier ist ja sooo geduldig — versicherte, daß nie jemand ausgegrenzt werden solle, bekamen Herbert Mies (Chef) und erst recht Ellen Weber (Fize-Chefin) 150 bzw. knapp 200 (von 650) Gegenstimmen. Darüber war die Mehrheit der DelegiertInnen dann so beleidigt, daß sie bei der anschließenden Parteivorstandswahl VertreterInnen der »Erneuer/innen« aus dem 97-köpfigen Parteivorstand rauskugelte. Die SDAJ-Vorsitzende Birgit Radow schaffte es gerade noch als letzte auf der Frauenliste. Vera Achenbach (bisher sogar im Präsidium), Dieter Gautier (DKP-Chef Bremen) und Steffen Lehndorff (DKP-Chef Köln), alle drei bestimmt nicht zufällig die intelligentesten

Leute der Minderheit, mußten ins Gras beißen.

Fazit: Viele der »ErneuerInnen« waren begeistert, wieviel sie doch bei diesem Parteitag geschafft haben. Die paar tausend Leute gegen die Millionen ... (kennen wir doch). Diese Einschätzung ist jedoch betriebsblind. Sie haben nämlich versäumt, Zeichen zu setzen, die auch in ihrer Außenwelt ernstgenommen würden. Warum hat sich niemand getraut, gegen die eisenharte Ellen Weber anzutreten? Warum wurde Mies nicht so offen kritisiert, wie hinter vorgehaltener Hand? Warum traute sich niemand, den »bad boy« zu spielen, der endlich mal den »demokratischen« Zentralismus der DKP angriff? Wie wollen sie denn so neue Mitglieder gewinnen, die bereit wären, mit ihnen die DKP zu »verändern«? Und von den Millionen werden sie innerparteilich jetzt noch konsequenter ferngehalten, als vor dem Parteitag.

Einzig listiger Spruch von Steffen Lehndorff nach seiner Nicht-Wahl: »Zum ersten Mal hat diese Partei eine eindeutig prosojwetische Strömung.« (das ist schon das Frechste, was sie sich trauen.)

Paul Neumann



Was haben wir mit Fidel Castro am Hut?

Nun, die AKP berichtet laufend über alle wichtigen kommunalpolitischen Fachthemen wie Abwasser, Privatisierung, Haushalt, Kultur, Gesundheit, Abfallbeseitigung, Städtepartnerschaften, Verkehr usw. In Heft 3/88 hatten wir auch einen Schwerpunkt zur kommunalen Dritte-Welt-Politik.

Ein Nachrichten- und Magazinteil, sowie die Rubriken Börse + Fundgrube, Kalender und Rezensionen runden die Zeitschrift ab und liefern vielfältigste Informationen und Anregungen für die eigene kommunalpolitische Praxis.

Die AKP erscheint 6-mal im Jahr à 68 Seiten. Das Einzelheft kostet 7,- DM (zzgl. 1,50 Versand), das Abo gibt es portofrei für 42,- DM.

Redaktion und Vertrieb:

AKP
Herforder Str. 92
4800 Bielefeld 1
(0521 / 1775 17)

Fachzeitschrift für grüne und alternative Kommunalpolitik



neu & platt

Eines steht über alle ideologischen Grenzen hinweg fest — Weihnachtszeit ist Geschenkzeit. Und damit stellte sich die Frage nach dem allgemeinen guten Geschmack, der es auch weniger intim miteinander Bekannten ermöglichte, einander ein Präsent unter die Tanne zu legen. Vorweggeschickt: ich selbst verfüge über einen solch allgemeingültigen guten Geschmack nicht, aber — immerhin — kenne ich da einige Herren, genauer, Hal Willner und Simon Jeffes.

Ersterer verbringt seine Tage damit, möglichst unterschiedliche Musiker aus Jazz, Rock und Avantgarde auf ein gemeinsames Thema bzw. einen Komponisten loszulassen. Nach Nino Rota, Thelonius Monk und Kurt Weill ist auf »Stay Awake« die Musik der Walt Disney-Filme dran. An der dürfen sich Los Lobos, Was (Not Was), Suzanne Vega und und und austoben. Und zwar immer gut bis exzellent. So läßt Tom Waits Schneewittchens Sieben Zwerge ihr »Heigh Ho« in einem Bergwerk singen, dessen Schächte die Residents gegraben haben; Golden Palominos-Gelegenheitssängerin Syd Straw bietet Country, Aaron Neville Soul, NRBO RB (Rhythm & Blues). Schwächer ist nur der Auftritt des Ex-New York Dolls-Sängers als Buster Poindexter; dafür entschädigen ausgerechnet die Saufkumpels Harry Nilsson und

Ringo Starr sowie Oberträne James Taylor, ihres Zeichens Totgeglaubte. Nilsson und Starr lassen sich vom genialen Van Dyke Parks arrangieren und coproduzieren (Nilsson inclusive der Destruktionsgitarre von Arto Lindsay); heraus kommt wunderbare Sentimentalität. Da Taylor die seit Geburt hat, hilft ihm der Jazz-Background Marsalis, Scofield, Swallow. Zusammengehalten wird das alles von Erzähler Ken Nordine mit Musikern Bill Frisell und Wayne Horvitz, die hier endgültig zeigen, daß sie mehr als begleiten können. Letztlich hat sich aber auch jenseits der Qualität der Platte einfach auf Grund der Zahl der zumindest halbwegs bekannten Namen (ich komm auf 40) ein Grund zum Schenken gefunden (»Du mochtest doch immer ...«). Kommt Simon Jeffes: Ein Dutzend Jahre Penguin Cafe Orchestra. Mo-

derne Kammermusik zwischen Minimal. Folk. Rock und was weiß ich noch. Jetzt Live! (»When in Rome ...«)! Die bewährten Stücke, nur flatter und dichter — eigentlich Musik für das Frühstück auf dem Balkon, aber was im Winter rauskommt, kommt eben im Winter raus.

Wer aber eine wirklich gute Tat tun wollte, machte sich die Mühe und orderte über den Teldec Importservice die drei LPs »A History Of New Orleans Rhythm & Blues« und verschenkte dann eine Kollektion von Rhythm & Blues Singles, die ihresgleichen sucht — und das schließt Motown und Stax ein. Wer sich's aber vorher anhörte, hatte nichts mehr zum Verschenken.

Wer natürlich kleine Geschwister hat, für den gab's nur eins: die Ärzte! Allein die Wiederbelebung der Dreih-Live-LPs, wie sie seit Yes und Emerson, Lake & Palmer verschütt war, ist Sonderpunkte wert. Und darüber hinaus — dafür werden wir als politisch engagierte Jugendliche besonders dankbar sein — eröffnen die so oft zensierten Texte der drei jungen Musiker die Chance einer lebhaften Familiendiskussion in trauriger Runde, etwa über den Stellenwert bestimmter Sexualpraktiken. Also durchaus eine Mehrzweckwaffe.

Dieter Jirmann

Pips

Zurückgekehrt von der Berliner Kunstausstellung »Zeiten der Moderne« fiel mir die Neo-Dada-Zeitschrift »Pips« in die Hände. Nichts ist daher naheliegender, als diese, sich im dritten Jahrgang befindliche Zeitschrift mit dem Geschehen zu vergleichen.

Über 70 Jahre nach dem Aufkommen von Dada versucht Pips den damaligen Kunststil nachzuahmen und in aktuellem Bezug zum Zeitgeschehen zu setzen.

So fällt beim Durchblättern der Zeitschrift auf, daß Hugo Balls, dem eigentlichen Theoretiker der damaligen Bewegung, Folge geleistet wird. Das sind unter anderem der Primitivismus, hier Dilletantismus genannt, die kreative Spontaneität, die Opposition gegen alle geschmacklichen Festlegungen und für die große Bedeutung der Sprache.

Wer eine Hochglanz-Zeitschrift mit einem durchgeplanten Inhalt, unzähligen Farbfotos und einem sauberen Layout erwartet, wird folglich enttäuscht. Pips ist eine circa 20 Seiten starke, schwarz auf weiß gedruckte Zeitschrift mit Werbeeinlagen für dadaistische Blätter und Veranstaltungen. Zeichnungen oder Bilder, die für sich stehen, werden spärlich eingesetzt und einfach hergestellt. Andere dienen nur als Illustrationen des Textes. Dada hat zwar gefordert »Nieder mit der Kunst«, doch es braucht nicht befürchtet zu werden, daß dadurch die Kunst zu knapp kommt.

Pips nennt sich eine Zeitschrift für unKommerz und unZeitgeist, geht also auf Distanz zur »Tempo«- und »Wiener«-Kultur und beschreibt in einer sehr expressiven Sprache vor allem Persönliches. Dabei wird die Perversität und Korruptheit der Gesellschaft aufgezeigt und somit (unbewußt?) Parallelen zu den zwanziger Jahren gezogen. Doch während vor sechzig Jahren noch eine bessere, eine kommunistische oder anarchistische Zukunft erwartet wurde, muß Pips seine politische Perspektive durch ein verzweifelt wirkendes »vive la revolution« ausdrücken.

Wer Zeitgeist haßt, die Revolution und Dada mag, dem sei Pips (Claudia Pütz, Beethovenstraße 40 in 5300 Bonn) empfohlen.

Jasper Wolff



Landesvorsitzender und Strahlemann: Patrick Donges

Rheinland-Pfalz

»Hey ho, let's go« (Ramones)

Der eine Ludwigshafener läßt sich von seinen Geisterschreibern gerne Zitate vorschreiben, die er nicht aussprechen, geschweige denn verstehen kann. Der andere Ludwigshafener zeigt sich intel-lek-tu-ell (verstandesmäßig, geistig)* überlegen und benutzt sogar fremde Sprachen. Helmut Kohl ist Bundeskanzler und CDU-Bundesvorsitzender. Pa-

trick Donges ist alter und neuer Landesvorsitzender der rheinland-pfälzischen Jungdemokraten. Soweit zum Zustand der Republik.

Der Zustand der Jungdemokraten in Rheinland-Pfalz läßt sich nicht so leicht beschreiben. Auf der Landesdelegiertenversammlung in Mainz trafen sich Mitte Januar die Delegierten eines ausgesprochen

jugen Landesverbandes, der seine ins Studentenalter gekommenen Mitglieder vorzugsweise nach Hessen exportiert. Ausgenommen ist davon nur, wer bereits wieder aus dem Studentenalter raus ist: Die Mitgliedschaft des neuen Landes-schatzmeisters Wolfgang Raab wurde um ein Jahr verlängert. Zu seinem Nachfolger als Landesge-schäftsführer wurde der neunzehn

Jahre alte Steffen Gerbsch aus Bad Kreuznach gewählt, und für den Arbeitsbereich »Demokratie« ist jetzt der Westerwälder Markus Büchting, 21 Jahre alt, zuständig. Ausgerechnet die Arbeitsbereiche, mit denen sich die Delegierten besonders auseinandersetzen, sind (noch) nicht im neuen Landesvorstand personell abgesichert, da die möglichen Kandidaten noch bis Mai mit ihrem Abitur beschäftigt sein werden. Jetzt soll der Landesrat die Verantwortlichen für »Emanzipation«, »Schule« und einen weiteren, noch nicht festgelegten Arbeitsbereich nachwählen.

Umgesetzt werden müssen zahlreiche Beschlüsse und ein umfangreiches Arbeitsprogramm mit den Schwerpunkten Grundsatz, Emanzipation und Schule. Außerdem werden sich die Rheinland-Pfälzer einige zusätzliche Zeilen zu ihrem Beschluß einfallen lassen müssen, daß das Verbot von Neonazi-Organisationen abgelehnt wird.

Noch ein weiterer Antrag aus Rheinland-Pfalz wird auf der BDK die Gemüter erregen. JoAchim Biermanski, stellvertretender Bundesvorsitzender, will bei jungdemokratischen Veranstaltungen vegetarisches Essen zur Pflicht machen. Ob er deswegen nicht zum Delegierten zur BDK gewählt wurde?

Thomas Hetzer

* It. Duden. In jeder guter Kanzler-ambliothek zwischen »Dallas — das Buch zur Serie« und »Du und Dein Gartenzwerg« zu finden.

Nordrhein-Westfalen

Skat gewonnen - Wahl verloren

Den Skat am Samstag hat er gewonnen, die Wahl am Sonntag verloren: Der 25jährige Herbert Nieswandt aus dem KV Mülheim-Oberhausen konnte sich nicht gegen die 26jährige Studentin Uschi Kollenbach aus dem Erftkreis durchsetzen, die am letzten Januarwochenende mit überwältigender Mehrheit zur neuen nordrhein-westfälischen Landesvorsitzenden gewählt wurde. Neuer Schatzmeister wurde der Bochumer Holger Schwarz. Der Arbeitsbereich Feministische Politik wurde gleich mit zwei Frauen besetzt, der Kölnerin Tina Wicke und der Bochumerin Annette Fal-

kenberg, die sich besonders um Aktivitäten für die ersatzlose Streichung des § 218 kümmern will. Des weiteren gehören dem Landesvorstand an: Manfred Niebuhr (Langenfeld, Internationale Solidarität), Christian Bremer (Gronau, Ökologie) und Stephan Maria Tanneberger (Bielefeld, Grund- und Freiheitsrechte). Unterstützung im Bereich Ökologie findet Christian Brehmer in dem in den Landesvorstand kooptierten Gronauer Torsten Malinowski. Für nordrhein-westfälische Mitgliederverhältnisse unnötig »alte« Gesichter findet man im Landesratspräsidium, das mit

Martin Böttger als Präside und Antje Confurius als dessen Stellvertreterin in diesem Jahr die Kontrolle des Landesvorstands sicherstellen soll. Auch auf der Bundesdelegiertenkonferenz wird der Verband wenig junge Leute zu sehen bekommen: Wie auch beim Bundeshauptausschuß werden die Nordrhein-Westfalen dort von bekannt-bewährten Kräften vertreten. Die »Frauenunterdrückung im Verbandsnamen« wurde beseitigt: Der Landesverband beschloß seine Umbenennung in Deutsche JungdemokratInnen. Erstaunlicherweise wurde die von den Nordrhein-West-

falen auf Bundesebene so vehement geforderte Quotierung nicht beschlossen. Lediglich ein Antrag, der appellatorisch festlegt, 50 Prozent Frauen für alle Gremien wählen zu wollen, wurde angenommen.

Das satzungsmäßig verankerte Recht auf die Hälfte hielten die Nordrhein-Westfalen nicht für notwendig. Mit Blick auf die Wahlergebnisse ist es das auch nicht: Bis auf das Landesschiedsgericht, das sich auf rein männlichen Sachverstand verläßt, ist der Frauenanteil überall zwischen 40 und 60 Prozent.

Marion Mück-Raab

Bayern

Häuptling

»Häuptling« nennen sie ihren neuen Landesvorsitzenden — die Jungdemokraten vom Stamme der Bajuwaren.

Doch der ist ein Franke und stammt aus Nürnberg — Stefan Pompl, Zivildienstleistender beim atheistischen Bund für Geistesfreiheit. Seine Geschäftsführerin, Kristina Hammer, hat dagegen vorsichtshal-

ber »Pfarramt!« hinter ihrer Telefonnummer vermerkt.

Ohne solche Hinweise kommen Schatzmeister Jörg Krinke aus Nürnberg, der Schweinfurter Christian Schäfflein und Horst Eberlein aus Bamberg aus, die allesamt und ebenfalls dem neuen Landesvorstand der bayerischen Jungdemokraten angehören.

Bremen

Stalin geehrt

Ausgerechnet ein SDAJ-Mitglied verlieh Frank-Oliver Sobich, Mitglied im alten und neuen Bremer Landesvorstand, einen Stalin-Pokal, da er beim Nachspielen der Stalin-Parodie »Der rote Monarch« die Hauptrolle besonders glaubwürdig verkörperte. Weitere Höhepunkte der 35. ordentlichen Landesversammlung

waren die Diskussionen über die Antifa- und Friedensarbeit, die bereits im vergangenen Jahr Schwerpunkte der BremerInnen waren sowie das Verhältnis zu den Grünen. Inwieweit die Jungdemokraten Partei ergreifen sollten im Flügelstreit, war umstritten, doch die Angst, sich in den Grünen aufzureiben, vorherrschend.

Daher wird in diesem Jahr wieder die eigene Arbeit im Vordergrund stehen: Seminare und Abendveranstaltungen zur LISA-Arbeit (Linke SchülerInnenaktion), 40 Jahre Grundgesetz, Gentechnologie und Grundsatzfragen.

Eine umfangreiche Vorlage zur Grundsatzdiskussion wurde ausführlich diskutiert und soll bis zur BDK 1990, so der Wunsch, bundesweit diskutiert werden, damit der LAK Grundsatz die überarbeitete Fassung als Antrag einbringen kann.

Ein LAK Frauen wurde nicht eingerichtet und auch keine Quote oder Umbenennung beschlossen. Trotz vieler neuer Jungdemokratinnen wurde ein reiner Männervorstand gewählt.

Lars Maischak/Thomas Hetzer

Abgelascht

Es naht das Ende,
es krieselt im Lande,
es endet die Wende,
der tiefschwarzen Bande

Die Linke erhebt sich
das Parlament stürzt,
der Albrecht verwebt sich,
es kracht ganz gewürzt!

Unberührt davon, daß es statt »verwebt« und »gewürzt« besser »verstrickt« und »gesalzen« heißen sollte, trabe ich am Mittwoch, dem 26. Oktober, lustig vor mich hinträlernd ins Gleisdreieck. Noch zwei Tage, dann ist endlich mal wieder was los in Hannover: Freitagabend, 19.30 Uhr, Tellkamp-Schule, »Kein Knast für Hasch«, Diskussionsveranstaltung der JungdemokratInnen stand dick auf den Flugis, die Christoph und ich zu nachtschlafener Zeit vor den Schultoren Hannovers verteilt hatten.

Nun ist Nachmittag, die Sonne sinkt gen Horizont, die Röte schwindet, es wird schwarz, und so fühle ich mich auch, als ich wenige Minuten später den zuständigen Herren des Schulamtes am Telefon habe, den ich eigentlich nur fragen wollte, ob mit dem Tellkamp-An-

trag alles klar sei, der mir aber unter dem Mantel der Verschwiegenheit mitteilt, daß unsere Veranstaltung wahrscheinlich platzen würde. Genaueres würde ich dann morgen erfahren, sagt er. Schick, denk' ich mir, einen Tag vorm Termin alles abblasen, so mag ich sie besonders, diese BürokratInnen. Woran's denn läge, meine bescheidene Frage. Der Direx (na logo, denk' ich mir, immer derselbe Krams), der Direx hätte u.a. die Passage »Wir wollen nicht, daß Bullen unsere Schulen durchsuchen«, nicht so pralle gefunden, und überhaupt, so was wolle man nicht in der Schule haben. Punkt.

Klar, daß ich stinkig bin. Klar auch, daß die Presseerklärung in einem dementsprechenden Ton ausfällt. Als aber dann die HAZ-Redaktion nähere Infos zu dieser Zensur haben will und mich die Frau am Telefon fragt, ob »Jungdemokraten (»Wir sind JungdemokratInnen!! Sein prägt Bewußtsein und Sprache prägt Denken!«) nicht FDP-Jugendverband seien, da ist alles zu spät!

Was dann weiter passierte, darf ich hier nicht erzählen, weil der Durchblick mal wieder schneller

war als Tendenz und sich mit einem feuchten Händchendruck die Exklusivrechte erkauf hat.

Es lebe die Linke
in Demokratie
»Radikal« fehlt davor
doch das rafften die nie:

Den Unterschied zwischen
den »Roten« und uns
sie soll'n sich verpissen
die ewigen Grunz
(-köppe) Coni v. Meding

(Anm.: Hannover ist SPD-regiert.)

LoLa

15-20 Seiten umfaßt LoLa. Der Layout-Laden der Berliner Jungdemokraten erscheint monatlich und kostet vier Mark je Ausgabe zuzüglich zwei Mark Versandkosten.

Deliefert werden gegen Vorkasse derzeit »Hochschule«, »AIDS + Kondom«, »Schuldenkrise«, »Gorbatschow«, »Gentechnik«, »Neonazis«, »Europa«, »Paragraf 218«, »KDV + ZDL«, »Ausländer«, »Atomkraft«, »Südafrika« und »Wasserverschmutzung«. Für die nächsten Monate sind »Sicherheitsgesetze«, »Schule«, »Frauen« und »Kirche + Religion« geplant. Bestellungen mit gedeckten Schecks oder gültigen Briefmarken nimmt die Landesgeschäftsstelle entgegen.

höllischer Filz

»Die Verflechtung von Kirche und Staat« dokumentiert eine neue Broschüre der Jungdemokraten in Nordrhein-Westfalen und fordert zur »Fortsetzung der Aufklärung« auf.

»Erst die Fülle der in allen Bereichen des öffentlichen Lebens anzutreffenden Beispiele für die Verknüpfung von Kirche und Staat lassen die grundgesetzlich garantierte Trennung von Kirche und Staat und die Verpflichtung des Staates zu weltanschaulich religiöser Neutralität zur Farce werden«, heißt es im Vorwort.

Für die inhaltliche Qualität der 40 Seiten garantieren (zum Teil staatlich geprüfte und) anerkannte Gotteslästerer vom Schlage eines Martin Budich oder Martin Bötger.

Republikaner

Von der Gründung bis zum Einzug ins Berliner Abgeordnetenhaus — Zeitungsartikel über Werden und Hintergründe der Republikaner sind in einem Reader der Berliner Jungdemokra-

ten gesammelt. Für 3,50 DM je Reader plus 2 DM Portoanteil (Vorkasse!) können die ca. 40 Seiten bei der Landesgeschäftsstelle, Bülowstraße 65 in 1000 Berlin 30 bestellt werden.

Die coole Nummer



030
- 216
2346

heißt die neue Rubrik, denn unter dieser Nummer werden Verbandsgerüchte und -neuigkeiten entge-

genommen, bei Dritten telefonisch hinterfragt und an dieser Stelle Vierten und Fünften offenbart.

Die Versuchung Christae

Martin Scorseses Verfilmung der Lebensgeschichte Christi lockte viele Menschen zu den Kinos. Die einen gingen hinein, auch weil sie wissen wollten, worüber die anderen, die vor den Kinos stehenblieben, sich empörten. Mahnwachen waren die Regel, gelegentlich wurden aus anonymen Drohungen auch Anschläge auf Kinos, die den Film »Die letzte Versuchung« aufführten. Die vor den Kinos hatten den Film, gegen den sie protestierten, nicht gesehen. Ihnen reichte der Bannspruch katholischer Bischöfe, die den Film auch nicht gesehen hatten, aber über die nötige autorisierte Betroffenheit verfügen. Daß viele Filmkritiker »Die letzte Versuchung« als ein zutiefst katholisches Werk bezeichneten, wurde

nicht zur Kenntnis genommen, denn wer sich solch ein »blasphemisches Machwerk« ansieht, hat jegliche Glaubwürdigkeit verspielt. Jegliche Glaubwürdigkeit hat auch Marion Mück-Raab verspielt. Ihr von einer Mehrheit im Bundesvorstand unterstütztes Ansinnen, auf dem geplanten PorNOgraphie-Forum der anstehenden Bundesdelegiertenkonferenz (BDK) einen Dokumentarvideo über eine New Yorker SM-Lesbengruppe zu zeigen (»Bondage«) und die Regisseurin Monika Treut einzuladen, löste den Protest so mancher Bischöfe und so fraucher Bischöfin aus. Die hatten zwar weder den Film gesehen noch kannten sie die Filmemacherin, verfügten aber über die notwendige autorisierte Betroffenheit, um bei-

spielsweise festzustellen, daß es sich um »einen Affront für all die Frauen (es soll ja auch Männer geben, die sich mit Gewalt gegen Frauen beschäftigen)« handele oder es EMMA-Frauen nicht zuzumuten sei, mit so einer zu diskutieren.

Ob die BDK jetzt überhaupt einen Film zu sehen bekommt, werden dieser Tage die Frauen aus den Landesverbänden entscheiden. Sollte sich auch nur eine gegen eine Auf-führung aussprechen, werden wir zwar nicht die vorgeschlagenen Filme kennenlernen, aber den Unterschied zwischen katholischen und radikaldemokratischen Bischöfinnen und Bischöfen. Die einen schauen sich wenigstens vorher an, was ihre Schäfechen nicht sehen dürfen.

Thomas HetzER

Links-alternative Kontakte

Nach einigen sporadischen Kontakten kam es im Oktober zu einem »ersten Beschnuppern« zwischen den Vorständen des Bundes Deutscher Pfadfinder (BDP) und der Jungdemokraten.

Beide Jugendverbände, die auf z.T. sehr unterschiedliche Weise im links-alternativen Bereich tätig sind, wollen die Kontakte fortsetzen und im nächsten Jahr möglicherweise gemeinsame Projekte wie z.B. eine Nachfolgeveranstaltung zum »Neues Tun«-Kongreß oder eine internationale Veranstaltung auf europäischer Ebene durchführen. Außerdem wurde ein reger Informations- und Publikationsaustausch vereinbart und regionale Kontaktaufnahme ange-regt.

Der BDP, Ende der sechziger Jahre von fortschrittlichen Kräften übernommen, hat heute nichts mehr mit dem zu tun, was mensch sich so unter traditionellen Pfadfindern vorstellt. Nähere Informationen über den BDP und die geplanten gemeinsamen Maßnahmen beim BDP, Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt/M. 1, bzw. über die Bundesgeschäftsstelle der Jungdemokraten (siehe auch »Briefe« in dieser Ausgabe).

Ernst-Christoph Stolper

Stellenausschreibung Bundesgeschäftsstelle

Zum 1. April wird eine der beiden Stellen in der Bundesgeschäftsstelle der Jungdemokraten neu besetzt. Die Stelle wird mit 1 175 DM brutto vergütet. Schwerpunkt der Aufgaben ist die organisatorische und konzeptionelle Vor- und Nachbereitung der Bundesverbandsaktivitäten. Kenntnisse in Buchführung und EDV bzw. die Bereitschaft, sich diese anzueignen, sind erwünscht, aber keine Einstellungsvoraussetzung.

Bewerbungen sind bis zum 8. März an den Bundesvorstand, Reuterstr. 44, 5300 Bonn 1, zu richten. Der Bewerbung sollten beigefügt sein: ein kurzer Lebenslauf, Übersicht über bisherige politische Tätigkeiten und/oder Arbeit bei Jungdemokraten, Angaben zu den geforderten Qualifikationen und/oder zu bisheriger vergleichbarer Tätigkeit, eigene Vorstellungen zur Ausgestaltung der Arbeit, sofern vorhanden.

Für den Bundesvorstand

Ernst-Christoph Stolper

BAK- Drogenpolitik

Der Bundesarbeitskreis hat ein zweiseitiges Flugblatt über das Thema Methadon für Heroinabhängige als Einstieg in den Ausstieg erstellt.

Die Rückseite des Flugblattes erläutert jungdemokratische Forderungen an eine enttabuisierte Drogenpolitik; es ist vom Bundesausschuß abgesegnet worden und wird in Kürze erscheinen.

Zur Zeit erarbeitet der BAK eine Broschüre zum Thema Drogen. Sie gliedert sich voraussichtlich in die Themen: Was sind eigentlich Drogen, der Markt (Verwalter, Anbau, Exporteure, Importeure), die Polizei, Außenpolitik, Forderungen und Perspektiven. Für Veranstaltungen zum Thema vermittelt der BAK Drogenpolitik, der sich vom 17. bis 19. Februar wieder treffen wird, gerne ReferentInnen.

Bundesverband, Reuterstraße 44,

5300 Bonn, Tel.: 0228-210952.

LV Baden-Württemberg,

Egonstraße 54, 7800 Freiburg,

LV Bayern, c/o Kristina Ham-

mer, Fischbacher Hauptstraße 213,

8500 Nürnberg 50.

LV Berlin, Bülowstraße 65, 1000

Berlin 30, Tel.: 030-2162346

LV Bremen, c/o Holger Munder-

loh, Graf-Haeseler-Straße 12,

2800 Bremen

LV Hamburg, Schmarjestr. 41,

2000 Hamburg 50.

LV Hessen, Postfach 1322, 6380

Bad Homburg.

LV Niedersachsen, Borriesstraße

28, 3000 Hannover,

Tel.: 0511-8387177

LV Nordrhein-Westfalen, Kieler

Straße 29c, 5600 Wuppertal 1,

Tel.: 0202-4938354.

LV Rheinland-Pfalz/LV Saar-

land, Postfach 1423, 6500 Mainz,

Tel: 06131-235914.

LV Schleswig-Holstein, c/o

Jasper Wolf, Virchowring 2g,

2359 Henstedt/Ulzburg.

Radikaldemokratische Studen-

tengruppen (RSG), Reuterstraße

44, 5300 Bonn,

Tel.: 0228-222181.

April

7.-8. April
 »Science Fiction«, Seminar des LV
 NRW in Köln

21.-23. April
 »Atomwaffenstaat BRD«, Seminar
 des LAK Frieden (Niedersachsen)
 in Osnabrück

8.-10. April
 »Gentechnik«, Seminar des LV
 Hamburg

21.-23. April
 »Frauenrhetorik«, Seminar des LV
 NRW

15.-17. April
 »Osteuropa«, Seminar des LV
 Hamburg
 12.-14. April
 SPD-Grundsatz-Parteitag

22. bis 29. April
 »Watt nu«, ökologischer
 Grundlehrgang der Naturfreunde-
 Jugend in (NFJ) der Schutzstation
 Wattenmeer, Hallig Langeneß

Februar

17.-19. Februar
 DAK Drogenpolitik *

18.-19. Februar
 Landesdelegiertenversammlung
 Hessen in Bad Homburg

24. Februar
 »Erste Hilfe« Seminar des LV
 Rheinland-Pfalz (RLP)

25. + 26. Februar
 Hallenfußballturnier des LV RLP
 in Mainz

27. Februar
 Gründung der Jungdemokraten-
 Gruppe Uni-Klinikum Mainz

24.-26. Februar
 Landesversammlung Niedersachsen
 in Dorverden

24. Februar bis 9. März
 »Wintex-Cimex«-Übung der Nato *

26. Februar
 LMV Baden-Württemberg in
 Freiburg



*Kompliment wurde er als
 dann der Neue kam und der
 aber eine Brille trug*

Mai

4.-7. Mai
 10. Buchmesse der Kleinverlage in
 Mainz

8.-12. Mai
 Jungdemokraten besuchen JD
 (NL) in Amsterdam und Den
 Haag: »Emanzipation«

11.-12. Mai
 Jungdemokraten besuchen
 KISZ/MIQT (Ungarn)-Reform-
 prozess in Ungarn *

21.-27. Mai
 JSD (Portugal) besucht Jungdemo-
 kraten in Berlin: »Faschismus,
 2. Weltkrieg, 40 Jahre BRD

23. Mai
 40 Jahre Grundgesetz

23. Mai
 Gewaltfreie Blockade des
 Bundesamtes für Verfassungs-
 schutz in Köln *

23.-26. Mai
 FDJ (DDR) besucht Jungdemo-
 kraten in Rheinland-Pfalz:
 »Gesellschaftliche Entwicklungen,
 40 Jahre BRD und DDR«

29. Mai bis 1. Juni
 »Gewässerökologie«, ökologischer
 Lehrgang der NFJ in Kehlheim,
 Altmühltal



März

1. März
 Landeskonferenz der Berliner
 Jungdemokraten

6.-10. März
 Internationales Journalisten-
 seminar der Jungdemokraten in
 Frankfurt und Mainz

9.-12. März
 Mitgliederversammlung der
 Verfaßten Deutschen Studenten-
 schaft (VDS) in Karlsruhe

10.-12. März
 Bundelegiertenkonferenz (BDK) in
 Oberwesel *

12.-15. März
 KMO (UdSSR) besucht Jung-
 demokraten in Daun
 (Rheinland-Pfalz)

28. März bis 2. April
 Jungdemokraten besuchen rdja
 (F) in Paris: »Antirassismus und
 Antifaschismus« *

31. März — 2. April
 »Palästina«-Seminar des LV NRW
 in Schwerte-Westhofen



Juni... und später

5.-9. Juni
 »Die Schlacht am kalten Büffet«,
 ökologischer Grundlehrgang der
 NFJ in Gensungen

*Unmöglich war es für sie,
 sehen gut und böse zu unter-
 scheiden. Die alten Werte
 schienen überholt, die
 heiteren unbeschwerten
 unserer Kindheit... dahin...*

(*) mehr dazu in dieser Ausgabe
 Informationen zu den anderen und
 andere Termine bei der Bundesge-
 schäftsstelle oder den jeweiligen
 Veranstaltern.

7.-11. Juni
 Evangelischer Kirchentag in
 Berlin

18. Juni
 Wahlen zum Europäischen
 Parlament, Kommunalwahlen in
 Rheinland-Pfalz und im Saarland

26. Juni bis 2. Juli
 PPRJ (NL) besuchen Jungdemo-
 kraten in Nordrhein-Westfalen:
 »Gentechnologie«

14.-19. Juli
 »Weltjugendfestspiele« in
 Pjöngjang (Nordkorea/KDVR) *

14. Juli
 200 Jahre Beginn der Franzö-
 sischen Revolution

17.-23. Juni
 Jungdemokraten besuchen ZSMP
 (Polen), Antifaschismus, 50 Jahre
 Überfall auf Polen *

17.-23. Juni
 KISZ/MIQT (Ungarn) besucht
 Jungdemokraten in Nordrhein-
 Westfalen: »Kommunalpolitik«

17.-30. Juli
 Jungdemokraten besuchen XDA
 (USA)

19. Juli
 10 Jahre Sieg der sandinistischen
 Revolution in Nicaragua

29. Juli bis 4. August
 JD (NL) besucht Jungdemokraten
 in Nürnberg: »Ökologie«

